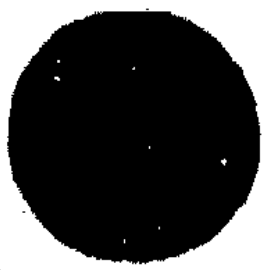


Neue marschieren wir auf den Schloßplatz Protestkundgebung um 18 Uhr gegen die Diktatursteuern



Abmarsch von den Stadteil-Sammelplätzen um 17 Uhr. O: Bondsd, Königgrüßer Straße; Nordost: Anberstraße, Giesch, Ecke Poststraße; Nord: Wehenderger Platz; West: Striegauer Platz; Zentrum: Wall, Ecke Neuschloßstraße; Süd: Gräbiger, Ecke Friedrichstraße. — Die Jungpioniere aus allen Stadtteilen treten um 18.30 Uhr an der Festungsurhalle an.

Arbeiter-Zeitung

Donnerstag, 27. November 1930
12. Jahrgang, Nummer 277

Ercheint täglich mit Ausnahme des Sonn- und Festtags. Bezugspreis: wöchentlich 48 Pf. + 12 Pf. Botenlohn = 60 Pf., monatlich 2.10 Pf. + 60 Pf. Botenlohn = 2.60 Pf. Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2.60 Pf., unter Streifenband 3 Pf. Anzeigenpreis: Die beigeschaltene Millimeterzeile oder deren Raum 12 Pf., Vereins- und Werksammlungsanzeigen 6 Pf., Melldamepreis: Die beigeschaltene Millimeterzeile oder deren Raum im Tage 70 Pf. — Schluß der Inseratannahme in der Hauptredaktion um 9 Uhr; in den Filialen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Abbestellungsstellen: Breslau 10, Kreuzberger Straße 50. Tel. 460 39.
Abbestellungsstellen: Breslau 544, Reibation; Breslau, Kreuzberger Straße 50. Tel. 490 02. Durchgeleitet der Redaktion von 12-13. **Abbestellungsstellen:** Breslau 17 bis 18 Uhr. Filialabbestellungen: **Einbeuren, Kreuzbergerstr. 200, L. Einbeuren, Tel. 3570; Döbeln, Wallbergstraße 11, Tel. 1364; Grotzsch, Am 6. Tel. 2384. Weichselstr. 8-19 Uhr. Geschäftsstand: Hauptredaktion Breslau, Verlag: Schlesiens Verlags-Gesellschaft m. B. G., Breslau. — Druck: „Kombog“, Filiale Breslau, Kreuzberger Straße 50.**

Zod allen Geldsack-Agenten der Konterrevolution!

Der Prozeß gegen die Konterrevolutionäre, genannt „Industriepartei“ — Das Weltproletariat verfolgt diesen Prozeß mit größtem Interesse — Zaborzer Arbeiter fordern schärfstes Vorgehen

Am Dienstag hat in Moskau im Gewerkschaftshaus vor dem obersten Gerichtshof der Sowjetunion der Prozeß seinen Anfang genommen, auf den wir bereits am Dienstag in unserer Zeitung hingewiesen haben. Er wird mindestens drei Wochen dauern und das politisch größte Ereignis sein, welches seit Jahren die öffentliche Meinung beschäftigt hat. Noch am Vorabend dieses Prozesses hat die gesamte bürgerliche und sozialdemokratische Journaille durch ihre Steigerung der Verleumdungskampagne versucht, die Aufmerksamkeit von den Dingen abzulenken, die durch diesen Prozeß enthüllt werden sollen.

Der Prozeß gewinnt vor allen Dingen deshalb so gewaltig an Bedeutung, weil er zusammenfällt mit einer Zuspitzung der wirtschaftlichen Krise in allen Ländern der ganzen Welt. Während aber diese Zuspitzung durch den Verrat der Sozialdemokratie den kapitalistischen Ausbeutern die Möglichkeit gibt, die faschistischen Arbeiterfeinde immer frecher werden können, wird durch diesen Prozeß in Moskau vor der Arbeiterwelt aufgezeigt, wie die proletarische Diktatur alle Feinde der Arbeiterklasse erbarmungslos zerschmettert.

Von dieser Tatsache sollten die Arbeiter der Welt keine Kenntnis erhalten, deshalb wurde die seit Jahren betriebene Fabrikation von Lügennachrichten und Verleumdungen ins Gigantische gesteigert. Eine Tatsachennachricht wurde durch eine noch tollere übertrieben, die dann mündete in der Spigenleistung, daß der Genosse Stalin ermordet sei.

Die KPD. Oberschlesiens ruft zum

Rampf gegen nationale Verhekung und deutsch-polnischen Terror

Die politische und wirtschaftliche Krise hat in Polen in den letzten Monaten eine solche Zuspitzung erfahren, daß der polnische Imperialismus sich gezwungen sah, um über die inneren Schwierigkeiten hinwegzukommen, Abenteurermandate durchzuführen. Diese Mandate er in einer nationalistischen Propaganda- und Terrorkampagne gegen die nationalen Minderheiten gefunden zu haben. Der polnische imperialistische Staat, zu einem großen Teile zusammengesetzt aus nationalen Minderheiten, versucht mit den Mitteln der schärfsten Unterdrückung das Recht auf Selbstbestimmungsrecht unterdrücken zu können. Wochenlang hausten die Wilschubski-Schergen in der West- und Ostprovinz und führten Strafexpeditionen gegen die nationalen Arbeiter und Bauern durch. Der Blutband Wilschubski in seiner ihm ergebenen Pressejournaille mitteilen, daß dieses eine Verleumdung (1) sei. Das Resultat dieser Aktion waren Tausende von Verhaftungen, und Tausende Proletarier wurden aus dem Leben gebracht. Diese Welle griff in den letzten Wochen auch auf Oberschlesien über, wo gegen die arbeitende deutsche Bevölkerung der gleiche Terror tobte.

des Arbeiterstaates als Feinde der gesamten Arbeiterklasse der Welt zerschmettern soll.

In Moskau selbst zeigt bereits das Bild auf der Straße, welche große Bedeutung dieser Prozeß hat. Aus den Fabriken und den Betrieben ergossen sich ungeheure Demonstrationen zum Stadttoren, und von da aus zum Gewerkschaftshaus, wo der Prozeß stattfindet. Er tagt unter vollständiger proletarischer Öffentlichkeit. Der Saal ist dicht besetzt mit Arbeiterdelegierten aus den Fabriken und Betrieben. Am Pressetisch sitzen neben den Vertretern der Sowjetpresse die Vertreter der ausländischen kommunistischen Zeitungen, ebenso ist die Auslandspresse, besonders aus Deutschland und Amerika, sehr stark vertreten. Um 16 Uhr wurde die Verhandlung durch den Vorsitzenden des Gerichts, Wilschubski, eröffnet. Angeklagt sind acht Ingenieure und Professoren, die sich durch eigene Geständnisse schuldig bekannten.

Systematisch das Wirtschaftsleben der Sowjetunion zu zerstören durch künstliche Schaffung von Hungersnöten und Spionage, dienen für die imperialistischen ausländischen Großmächte. Ebenso haben diese Konterrevolutionäre eingestanden, daß sie durch Zerschlagung der Roten Armee, Vorbereitung von Sabotageakten in der Kriegsindustrie, planmäßig den Boden für einen Krieg gegen die Sowjetunion durch die Imperialisten betrieben haben.

Nachdem die Anklageschrift verlesen worden war, wurden die Angeklagten einzeln gefragt, ob sie die Anklage anerkennen und bereit seien, sich zu ihr zu äußern. Alle Angeklagten beantworteten diese Frage mit Ja. Die Angeklagten gaben damit zu, daß sie sogar den „Mut“ aufzubringen gewillt sind, ihre verbrecherische Tätigkeit für den internationalen Geldsack gegen die Arbeiterklasse noch zu „rechtfertigen“.

Diese Tatsache wird von den anwesenden Proletariern der Sowjetunion mit sichtlichster Erregung entgegengenommen. Als erster Angeklagter wurde dann der Professor Kamisin vernommen. Ueber diese Vernehmung sowie über den weiteren Verlauf des Prozesses berichten wir auf der zweiten Seite.

jetten, durchgeführt. Die Mehrheit des polnischen arbeitenden Volkes steht diesem Terror ablehnend gegenüber, steht in schärfster Kampfstellung gegen den polnischen Imperialismus. In Schoppinitz bei Kattowitz hat in den letzten Tagen eine von unserer Bruderpartei einberufene Massenkundgebung gegen den polnischen Terror stattgefunden. Die Wilschubski-Auffständischen, die sich eingefunden hatten, mußten vor den proletarischen Häufen flüchten. Dieser eine Fall, den wir hier aufzeigen, ist der Beweis dafür, daß die arbeitende Bevölkerung auch in Polnisch-Oberschlesien gegen die faschistischen Banden kämpft.

Die nationalistische Propaganda- und Terrorwelle in Polnisch-Oberschlesien hat die deutschen faschistischen Organisationen auf den Plan gerufen. Die deutschen Kriegstreiber und ihre Presse haben eine Gegenaktion eingeleitet. Für heute beschränkt man sich in erster Linie auf „Protestkundgebungen und Protestschickungen“ mit der Forderung auf Bildung von Schutzwehren. Diese Hezer wollen die Bevölkerung so aufspüren, um gleichfalls ein blutiges Terrorregiment aufzurichten zu können. Die Parteien von den Nationalsozialisten bis zu den Sozialdemokraten organisieren diese nationalistischen Propagandakundgebungen und segeln unter der Fahne „Schutz der deutschen Minderheit“ in Polen, während in Deutschland der schärfste Terror

gegen die revolutionäre Arbeiterklasse und ihre Organisationen tobt. Die faschistischen Banden Hitters mordeten unter dem Schutz der staatlichen Organe Arbeiter. Der Fall Broja in Hindenburg ist hierfür eine glänzende Illustration. Der Stahlhelm, der Landes-Schützenbund usw. fordern die Organisierung eines Selbstschutzes, wie wir ihn aus den Jahren 1920 und 1921 kennen. Die vielen Feme-morde gehen auf das Konto dieses Selbstschutzes! Mit Schreden erinnert sich die arbeitende Bevölkerung an das blutige Terrorregiment dieser Banditen. Auch in Deutsch-Oberschlesien steht die Mehrheit des arbeitenden Volkes gegen die nationalistischen Kriegshezer, in der revolutionären Front.

Die kommunistische Partei Deutschlands und Polens steht auf dem Boden des Selbstbestimmungsrechtes der Völker bis zur Los-trennung von den Staatsgebilden, in die sie gegen ihren Willen eingegliedert worden sind; sie allein führt in Deutsch- und Polnisch-Oberschlesien den schärfsten Kampf für einen wahren nationalen Minder-selbstschutz, gegen nationale und soziale Unterdrückung; sie allein ist der schärfste Gegner der nationalen Verhekung.

Wir bringen nachstehend einen Auszug aus der Proklamation der kommunistischen Partei, Bezirk Oberschlesien, zur Minderheitenfrage in Oberschlesien vom 27. September dieses Jahres:

„Weber Wilschubski-Polen nach Hindenburg-Deutschland, noch auch ein autonomes Oberschlesien im Rahmen des Kapitalismus, wie es bestimmte Handlanger des Imperialismus propagieren, werden die Weltkämpfer Oberschlesiens von sozialer und nationaler Unterdrückung befreien, sondern einzig und allein die proletarische Revolution, die nicht in Abstimmungen, sondern im revolutionären Klassenkampf, nicht durch nationale Verhegungen, sondern nur durch den internationalen gemeinsamen Kampf der polnischen und deutschen Arbeiter Deutsch- und Polnisch-Oberschlesiens, Deutschlands und Polens, gegen die Herrschaft der Bank- und Industriekapitalisten und der Großgrundbesitzer, gegen den polnischen, gegen den deutschen und gegen den Weltimperialismus liegen wird. Die proletarische Revolution, die Sowjetmacht in Deutschland und Polen werden auch die nationale Frage in Oberschlesien nach dem Vorbild der Sowjetunion auf dem Boden des Selbstbestimmungsrechtes der Völker und des Rechtes jeder nationalen Minderheit, ihre proletarische, sozialistische Kultur in ihrer nationalen Form (Sprache usw.) entwickeln und lösen. Die proletarische Revolution wird an Stelle der heutigen Grenzen ein einheitliches Sowjetoberschlesien im Anschluß an Sowjetdeutschland und Sowjetpolen setzen, ein Sowjetoberschlesien, in dem es keine soziale oder nationale Unterdrückung der Werktätigen, weder der deutschen noch der polnischen Arbeiter und Bauern, geben wird.“

Die KPD. Oberschlesien ruft die werktätigen Massen auf, den schärfsten Kampf gegen die nationale Verhekung zu führen. Die Proletarier bleiben den Beratungen der National- und Sozialfaschisten fern; sie scharen sich um die Fahne des revolutionären Klassenkampfes, gegen nationale Verhekung, für den revolutionären Internationalismus.

Protest gegen Hindenburger Mord

„Die in Zaborze in überfüllter Versammlung anwesenden Arbeiter und Arbeiterinnen nahmen mit Entrüstung Kenntnis von der Ermordung des Arbeiter Viktor Broja durch nationalsozialistische Mörder. Sie protestieren auf das schärfste gegen die Unterdrückungs-methode der Hindenburger Kriminalpolizei, die eine Begünstigung der faschistischen Mörder darstellt. In diesen Untersuchungsverfahren der Polizei können die Arbeiter keinerlei Vertrauen haben. Die Arbeiter von Hindenburg werden dem Ruf der kommunistischen Partei folgen und sich in die antifaschistische Front einreihen zum Kampf gegen den Faschismus.“

Gleichzeitig nimmt die Versammlung Kenntnis von dem konter-revolutionären Treiben der Schlagsorganisation in Sowjetrußland und ersucht von dem obersten Gericht der proletarischen Diktatur gegen die konterrevolutionären Feinde der Arbeiterklasse das schärfste Vorgehen.“

Ungeflagter Poincaré

(Entwurf zu einer Anklagerede)

Im Namen der Union Sozialistischer Sowjetrepubliken und des Weltproletariats klagen wir an: Monsieur Raymond Poincaré, zur Zeit Kandidat für den Ministerpräsidentenposten der französischen Republik.

Er wird beschuldigt des mehrfachen, mit zynischer Ueberlegung angelegten Verbrechens gegen den ersten Staat der Arbeiter und Bauern, die Sowjetunion. Er wird beschuldigt der Einmischung in Angelegenheiten unseres Staates im Interesse kapitalistischer Emigranten, erklärter Feinde der Sowjetunion und der räuberischen Absichten des Imperialismus auf bestimmte Gebiete unseres Landes.

Durch die Aussagen anderer Angeklagter ist erwiesen, daß er von den hochverräterischen Umtrieben der konterrevolutionären „Industriepartei“ in der Sowjetunion unterrichtet war, sie billigte und förderte.

Er empfing den ebenfalls in Abwesenheit angeklagten Emigranten D. Borshender des mitverschworbenen „Industrie- und Handelskomitees“ der russischen Emigration, ließ sich von diesem laufend Bericht erstatten und sicherte seine aktive Unterstützung zu. Diese Unterstützung war moralischer, finanzieller und militärischer Art.

Während der Angeklagte und die ihm nahestehenden Regierungskreise lokale Beziehungen zur Sowjetunion vorläufigen, brachten sie gleichzeitig ihre Politik gegenüber unserem Lande in Einklang mit der Spionage- und Schädigungsarbeit der „Industriepartei“, mit dem Ziel, eine herausbeschworene Krise und Hungersnot unseres Landes zu einem militärischen Ueberfall auszunutzen, wozu ein beliebiger Anlaß an der russisch-rumänischen Grenze gefunden werden sollte.

Es ist erwiesen, daß zur Zeit der aktiven Regierungstätigkeit des Angeklagten die russische Emigration in Paris die größte Unterstützung erfuhr. Es wurde eine russische Kriegsakademie gewisser zaristischer Offiziere eingerichtet. Bei verschiedenen Anlässen marschierten mit Truppenteilen der französischen Armee in zaristische Uniformen gekleidete Söldlinge der Wrangel-Armee auf. Die Einrichtung einer Abteilung des französischen Generalstabs zur systematischen Ausarbeitung von Kriegsplänen gegen die Sowjetunion ist ebenfalls in der Hauptsache auf sein Betreiben zurückzuführen. Der Angeklagte wußte nicht nur, sondern billigte es auch, daß verschiedene mit Namen benannte Offiziere des französischen Generalstabs in ständiger Verbindung mit den Berührungszentralen in Moskau und Paris standen. Er ist somit in diesem Prozeß als einer der Hauptschuldigen anzusprechen.

Erschwerend für den Angeklagten Poincaré fällt ins Gewicht, daß er im proletarischen Sinne mehrfach vorbestraft ist.

Sein größtes Verbrechen beging er im Jahre 1914. Urkundlich nachweisbar ist er einer der Hauptschuldigen an dem Völkermorden von 1914—1918. Seine demokratische und republikanische „Gefinnung“ hinderte ihn nicht daran, sich mit dem blutbedeckten Zarismus, den dunkelsten Gewalten der Vergangenheit, zu verbünden und Millionen unserer Brüder auf dem sogenannten Felde der Ehre zu morden. Sein damaliges Verbrechen ist analog dem hier zur Anklage stehenden Versuch, Proletarier verschiedener Länder zur gegenseitigen Tötung aufzufordern, um seine imperialistischen Kriegsziele zu verwirklichen.

War es damals Deutschland, dessen militärische Einwirkung der Angeklagte neben Anderen systematisch betrieb, so ist es heute die Sowjetunion, gegen die er die Einheitsfront der imperialistischen Mächte organisiert. Die Aufrüstung des polnischen Militarismus durch französische Instrukteure ist in der Hauptsache auf sein Betreiben zurückzuführen. Das Ziel seiner Bestrebungen ist nichts anderes, als die Herbeiführung eines neuen Völkermordens, die blutige Unterdrückung der nationalen Freiheit der Sowjetunion und ihres sozialistischen Aufbaus.

Ein weiteres Kapitalverbrechen beging der Angeklagte im Jahre 1923 gegen das werktätige Volk Deutschlands. Die gewalttätige Besetzung des Ruhrgebiets durch den französischen Militarismus ist fast ausschließlich auf sein Betreiben erfolgt. Die Erschießung von zwölf Kruppischen Arbeitern am blutigen Karntag in Essen fällt ihm ebenso zur Last, wie das namenlose Leid, das durch die Okkupation über das deutsche Proletariat gekommen ist.

Aus dieser Zeit liegen in der deutschen Presse Urteile über den Angeklagten vor, die heute in Erinnerung zurückzurufen im Interesse der Unschädlichmachung dieses Feindes des Friedens liegt. Während der Ruhrbesetzung nannten demokratische Blätter den Angeklagten eine „dauernde Gefahr für den Weltfrieden“, ein „Hirn, für das der Krieg die ultima ratio ist“, einen „Feind der Völkerveröhnung“, einen „Brandstifter mit fast pathologischer Neigung“, eine „Schmach für Europa“ und den „Eisenfresser von Versailles“.

Christliche und nationale Blätter waren in ihren Urteilen noch schärfer. Sie nannten den Angeklagten einen Ausbund der Hölle, die Ruhrbesetzung ein Werk des Teufels. Andere nannten ihn den Würger der Opfer an der Ruhr. In einem Blatt wurde er mit der Pest verglichen. Das Weltgewissen wurde gegen ihn, den Feind der Menschheit, angerufen. Ein Blatt rief entsetzt aus: „Das ist kein Mensch, das ist eine Bestie.“ Durch ihn wird Europa zu einer Dürre zur Befriedigung seines militärischen Sadismus.“

Wenn die deutsche Presse, die damals, aus welchen Motiven auch immer, zu solchen scharfen Urteilen gegen den Angeklagten kam, heute das neue Verbrechen dieses „Brandstifters mit pathologischer Neigung“ verschweigt, so entlastet das den Angeklagten nicht. Die nationale Bourgeoise Young-Deutschlands hat seit dem letzten Verbrechen Poincarés gegen Deutschland mit dem weltlichen Imperialismus einen Pakt geschlossen und verfolgt mit größter Sympathie die kriegerischen Vorbereitungen des französischen Generalstabs gegen die Sowjetunion. Ihre Schweigelei gegenüber der aufgedeckten Verschwörung zeigt an, wie weit bereits die Pläne der Intervention gediehen sind. Das schwächt aber nicht die Urteile ab, die im Jahre 1923 in Deutschland über den Angeklagten Poincaré gefällt wurden.

Der Angeklagte ist nur soweit „geständig“, als er seinen Zweifel über seinen Haß gegen die Sowjetunion läßt. Daß er sein Verbrechen nicht eingesteht, ist erklärlich, da seine Laten nur vom proletarischen Standpunkt als strafbar, dagegen vom imperialistischen Standpunkt im höchsten Grade lobenswert sind. Das Urteil steht aber allein dem Proletariat zu.

In gleicher Weise und im vollen Umfang mit schuldig ist Monsieur Briand, zur Zeit Außenminister der französischen Republik. Sein Verhalten ist um so nichtswürdiger, da er sich paneuropäischer und pazifistischer Ziele rühmt. Als aus-

Nazis verhindern Winterbeihilfe

für die Erwerbslosen und Wohlfahrtsempfänger — Nach Thüringen geht in Halle Limbacher Nationalsozialisten stimmen für die Negersteuer

Halle a. d. S., 26. November. In der letzten Sitzung des Stadtparlaments wurde der kommunistische Antrag auf Gewährung von Winterbeihilfe und Sonderunterstützungen für die Erwerbslosen und Wohlfahrtsempfänger durch die Einheitsfront von SPD, bis Nazis abgelehnt. Die Kommunisten hatten, um der lägenhaften Demagogie der Sozialdemokratie und der Nazis entgegenzutreten, Deckungsanträge gestellt, die die Erhebung von Besitz- und Vermögenssteuern sowie den Abbau der hohen Gehälter forderten. Durch die Ablehnung der kommunistischen Anträge versieten sämtliche geforderten Vergünstigungen für die Erwerbslosen.

Limbach i. Sa., 26. November. Die Brünings-Steuern, die wiederholt abgelehnt wurden, sind jetzt vom Reichshauptmann distanzlos verordnet worden. Die kommunistische Fraktion stellte daher in der Limbacher Stadtverordnetenversammlung den Antrag, die distanzlose Verordnung der Bier-, Getränke- und Negersteuer zu verbieten. Bei der Abstimmung stimmte die nationalsozialistische Fraktion gegen den Einspruch und brachte so den kommunistischen Antrag zu Fall.

Diese Vorgänge in Halle und Limbach, so kurz nach der Ablehnung der Winterbeihilfe durch die Nazis im Thüringer Landtag, zeigen den Erwerbslosen die Arbeiterfeindschaft der Nationalsozialisten in tristem Licht. Sie, die sich immer als Freunde der Werttätigen aufspielen, helfen der Sozialdemokratie und den übrigen Young-Parteien, die Erwerbslosen und Wohlfahrtsempfänger im kommenden Hungerwinter auszuhungern und stellen sich schützend vor die Taschen der Millionäre und vor die Korruptionsehältern der hohen Beamten. Die nationalsozialistischen Arbeiter, die Erwerbslosen, die von den Führern genarrt und mißbraucht werden, müssen dieser Partei der Negersteuer und des Erwerbslosenraubs den Rücken kehren

und gemeinsam mit der kommunistischen Partei kämpfen, die als einzige die Interessen aller Schichten der werttätigen Bevölkerung vertritt.

Nazischwindel von kommunistisch-zentrierter Einheitsfront

Die nationalsozialistische Presse brachte in den letzten Tagen die erstaunliche Nachricht, daß in Oberuhldingen (Baden) bei der Gemeinderatswahl das Zentrum und die Kommunisten eine gemeinsame Liste aufgestellt hätten. Aber die Nationalsozialisten hätten 372 Stimmen mehr erhalten, als bei der letzten Reichstagswahl. Auch die sozialdemokratische Presse, allen voran der „Vorwärts“, hat diese Nachricht aus der Nazipresse übernommen, um die kommunistische Partei zu verleumdern.

Das ganze ist ein faulbider Schwindel. In dem kleinen Bauerndorf Oberuhldingen, wo im ganzen überhaupt nur 303 Stimmen abgegeben wurden, hat die kommunistische Partei noch keine Ortsgruppe und hat auch keine Liste aufgestellt. Es wurde eine bürgerliche Einheitsliste und eine Naziliste aufgestellt, die Naziliste erhielt aber nur 64 Stimmen, damit vergleiche man, was der „Völkische Beobachter“ an der Spitze seines Blattes als Siegesnachricht hinausposaunt hat.

Selbst die „Germania“ muß sich gegen den Nazischwindel wehren und sie schreibt in ihrer Abendausgabe vom 25. November:

„Denn das Schlimmste war nicht der Leichtsin, mit dem man eine offensichtlich falsche und unsinnige Meldung weiter verbreitete, sondern die Methode, wie man mit dieser Falschmeldung niedrigste politische Hege betrieb. Der Anstand würde es zwar geboten erscheinen lassen; daß der „Völkische Beobachter“ den wahren Sachverhalt genau so groß und deutlich seinen Lesern unterbreiten würde, wie er das mit der Falschmeldung getan hat.“

Die Nazipresse wird ihren Schwindel nicht widerrufen, denn die Naziführer leben ja nur von derartigen frechen Lügen und Verleumdungen.

Kommunisten helfen den armen Bauern

Forderungen der kommunistischen Fraktion auf Öffihilfe für die notleidende Landbevölkerung an Stelle der Millionenjuventionen für die Junker

Am Mittwoch wurde im Haushaltsausschuß des Reichstags der Teil der Notverordnungen behandelt, der die „Östihilfe“ betrifft. Die Vertreter aller Parteien, einschließlich der SPD und Nazis, hatten an diesem Subventionsgeschenk für die Junker und Großgrundbesitzer nur einige Schönheitsfehler zu bemängeln. Nur die Kommunisten bewiesen, daß sie für die Interessen der notleidenden Landbevölkerung kämpfen.

Für die kommunistische Fraktion sprach der Genosse J. D. D. Aus den stenographischen Ausführungen des Reichskommissars von Ostpreußen, R. D. D., geht hervor, daß diese „Östihilfe“ ein Subventionsgeschenk für die Junker und Industriellen im Osten ist. Bis 1. Juni 1929 sind 80 Millionen Mark Kredite bewilligt und davon entfallen 75 Prozent auf Groß- und nur 25 Prozent auf Kleinbetriebe.

Jeder dritte Großbetrieb hat bis zum 1. Juni 1929 bereits Kredite erhalten, während bei den Kleinbetrieben (Kleinbauern) nur jeder 43. Betrieb einen solchen bekam.

Ein Beispiel, wie die Großagrarier mit den Krediten umgehen, ist folgendes: ein ostpreussischer Agrarier meldete wenige Wochen, nachdem er 90 000 Mark Kredit erhalten hat, den Konkurs an. Sein siebenjähriger Sohn kaufte das Gut vor der Auktion und der Staat verlor die gesamten Kredite. Ähnlich liegt die Subventionsbetriebe wie Schachanwerft usw.

Die Kommunisten fordern, daß mit einer solchen verbroch-

rißchen Verschleuderung und Subventionspolitik Schluß gemacht werde. Sie stellen der Öffihilfe der Brüning-Regierung ihren eigenen Antrag entgegen, der die wirklich notleidenden Schichten der armen Bauern und der werttätigen Landbevölkerung unterstützt.

1. Kredite an Bauern, Landwirte, Gewerbetreibende, Handwerker nur soweit es sich um Besitztümer handelt, die eine Ader-nahrung oder ein Familieneinkommen darstellen; 2. Kredite für Land-, Forstarbeiter und Angestellte zu Zwecken der Umstellung; 3. Zuschüsse und Darlehen an Zwergbetriebsbesitzer, um ihr Bestehen auf eine Ader-nahrung zu vergrößern; 4. Lastensenkung in Form von Erlass der Gewerbesteuer, Kreis- und Kommunalabgaben, Grundsteuer usw., aber nur bei Besitztümern bis zu 30 000 Reichsmark; 5. Vollstreckungsschutz für die Obengenannten bis zu ihrer Existenzsicherung; 6. Bereitstellung von Mitteln für Bau von Wohnungen für Landarbeiter und Industriearbeiter mit einem Höchstfuß der Miete von 100 Prozent der Friedensmiete; 7. Mittel für ein Arbeitsbeschaffungsprogramm in bezug auf Bau von wirtschaftlich notwendigen Straßen, Eisenbahn-, Hafens- und Talsperrenbauten; 8. Bau von Schulen, Krankenhäusern, Alters- und Ledigenheimen und dergleichen; 9. Uebernahme stillgelegter Betriebe in staatliche Regie, Verbot von Stilllegungen; 10. Sonderzuweisungen an Kommunen, um Wohlfahrts- und Fürsorgeeinrichtungen auszubauen; 11. Zahlung der Krisenunterstützung in den Ostgebieten für die ganze Dauer der Erwerbslosigkeit.

Zusammenbruch der Young-Anleihe

Im Laufe der drei Novemberwochen ist der Kurs der Young-Anleihe auf allen Weltbörsen katastrophal gefallen. Man kann direkt von dem Zusammenbruch der Young-Anleihe sprechen. In New York ist der Kurs von 78 auf 68, in Amsterdam von 77 auf 69, in Zürich von 78 auf 72, in London von 79 auf 71 und in Berlin von 77 auf 72 gefallen.

Dieser Kurssturz der Young-Anleihe, die einer Verpflichtung des Deutschen Reiches darstellt, ist von großer symptomatischer Bedeutung. Dieses Mißtrauen der Weltbörsen signalisiert die rapide Verschärfung der Klassengegensätze in den nächsten Wintermonaten.

Die Weltbanken, die sehr feinfühlig für politische Zusammenhänge sind, versuchen die Young-Anleihe, wie auch die anderen festverzinslichen deutschen Dollaranleihen, los zu werden. Diese Anleihen kommen nunmehr in Halle und Jülich auf den Markt und fallen deshalb in ihrem Preis.

führende Organe der Hauptbeschuldigten klagen wir an die französischen Generalstabsoffiziere J. J. J., J. J. J. und R. R. R., die in dauernder Verbindung mit der russischen Emigration in Paris und mit den angeklagten Abgeordneten des Zentralkomitees der „Industriepartei“ in der Sowjetunion standen und die militärischen Berater waren.

Die Schuld aller in Abwesenheit Angeklagten ist durch die Aussagen der in Moskau verhafteten Beschuldigten erwiesen. Ihre Verbrechen sehen nach dem Strafgesetz der Union Sozialistischer Sowjetrepubliken das höchste Strafmaß vor. Die Todesstrafe ist durch Erhängen zu vollziehen.

Im Namen der proletarischen Diktatur, im 14. Jahre der Union Sozialistischer Sowjetrepubliken, November 1930.

Im Sturmtempo zum Sozialismus

Große Erfolge im ersten Monat des „Stoßbrigadenvierteljahres“ der Sowjetunion

Moskau, 26. November. Im Oktober — dem ersten Monat des letzten Quartals des laufenden Jahres — betrug die Zunahme der Produktion der gesamten Industrie 20 Prozent, der Schwerindustrie 40 Prozent gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres.

Die Wendung zu gesteigerten Erfolgen, die im September des laufenden Jahres eintrat, wurde im Oktober weiter gefestigt und ausgebaut. Gegenüber dem September ist die gesamte Industrieproduktion im Oktober um 2 bis 3 Prozent gestiegen. In den einzelnen Industriezweigen wurden folgende Ergebnisse erzielt: Die Kohlenförderung ist in der ganzen Sowjetunion um 31,4 Prozent, im Donezbecken um 35,4 Prozent gestiegen. Die Roheisen- und Stahlerzeugung wurde um 5 Prozent, die Produktion der chemischen Industrie um 10 Prozent, die Produktion der Papierindustrie um 2 Prozent gesteigert. Im Bereiche der Leichtindustrie ist eine besonders rasche Aufwärtsbewegung der Baumwollindustrie zu verzeichnen, deren Produktion um 48,5 Prozent gestiegen ist. In der Summe Industrie betrug die Produktionssteigerung 9 Prozent, in der Leichtindustrie 5,3 Prozent und in der Schwerindustrie 2 Prozent.

In Australien wurde eine Delegation revolutionärer Arbeiter vom sozialdemokratischen Ministerpräsidenten durch Polizei aus dem Parlament hinausgeworfen, wobei es zu schweren Zusammenstößen kam

Wovon lebt die Frau die Luftkosten

Der 2. Reichskongress wertvoller Frauen:

Kongress der deutschen Arbeiterinnen

Gewaltige Frauenkundgebung im Sportpalast — Demonstrationen der Berliner Arbeiterinnerschaft begrüßen den Kongress — Grzesinski heizt Polizei auf die Arbeiterinnen — 101 Beitritte zur Kommunistischen Partei — Frauen kämpfen in revolutionärer Front für ein Sowjetdeutschland

Der zweite Reichskongress wertvoller Frauen, der am Sonnabend und Sonntag in Berlin tagte, war ein Kampfkongress der deutschen Arbeiterinnen und Arbeiterinnen. Aus allen Bezirken Deutschlands waren Arbeiterinnen als Delegierte erschienen. Anwesend waren 882 Delegierte aus Betrieben, außerdem zehn Delegierte aus der Schweiz, Österreich, Tschechoslowakei, Polen, Schweden, Frankreich und China. Von Delegierten der russischen Arbeiterinnen ist von der reaktionären Erbkings-Regierung die Einreise verweigert worden.

Die Kundgebung im Sportpalast zur Eröffnung am Sonnabend war die größte Frauenkundgebung, die je in Deutschland stattgefunden hat. Mehr als 10 000 Frauen füllten den gewaltigen Raum und waren von einer prächtigen Kampfstimmung befeuert. Im Sportpalast sprachen die Delegierten aus Polen, Österreich, Schweden und China. An Stelle des erkrankten Führers der kommunistischen Partei, Ernst Thälmann, der dem Reichskongress ein Begrüßungstelegramm schickte, sprach Genosse Heinz Neumann, von stürmischer Begeisterung begrüßt. Nach einer treffenden Charakterisierung der Politik der kapitalistischen Ausbeutergesellschaft und wiederholt von stürmischem Beifall unterbrochen, umriß Genosse Neumann die Aufgaben des Kongresses. „Zwei Lösungen sind es, unter denen dieser Kongress seine Kampfaufgaben erfüllen wird:

Wertvolle Frauen, vereinigt euch! — Vorwärts, wertvolle Frauen, in einer Front mit dem gesamten Proletariat in der proletarischen Einheitsfront für Arbeit und Brot, für ein freies, sozialistisches Deutschland ohne Lohnabbau, ohne

Nationalsozialisten und Schupo, für ein proletarisches Deutschland, ein Sowjetdeutschland!“

Minutenlanger stürmischer Beifall folgte den Ausführungen. Zur Eröffnung des Kongresses fanden außerdem Demonstrationen der Berliner Arbeiterinnerschaft statt. Der sozialdemokratische Polizeipräsident Grzesinski heizte die Polizeibeamten auf die Arbeiterinnen und Arbeiterinnen. Wiederholt wurden die Demonstranten auseinandergeprellt. Eine Delegierte wurde dabei schwer am Kopfe verwundet. Sie mußte ins Krankenhaus gebracht werden. Nach einer stürmisch vorgenommenen Operation wurde sie von der Polizei ins Gefängnis geschleppt. Der Kongress forderte ihre sofortige Freilassung, die von Grzesinski abgelehnt wurde.

Das Referat auf dem Kongress über die Lage der arbeitenden Klasse und den Kampf der Arbeiterinnen gegen Hunger und Faschismus hielt die Genossin Kröpper. Es sprachen Arbeiterinnen und Arbeiterinnen aus allen Teilen Deutschlands, Delegierte aus den Metall- und Textilbetrieben, aus den Chemiefabriken und der Landarbeiterinnen. Alle Delegierten gelobten, den Kampf des Proletariats gegen die Unternehmungsklassen mit verzehnfachten Kräften zu organisieren. Der Kongress nahm ferner eine Resolution an, die den entschlossenen Kampf der Sowjetregierung gegen alle Saboteure begrüßt und deren strengste Bestrafung fordert. Der Kongress beschloß, eine Arbeiterinnen-Delegation zu dem Prozeß zu entsenden, die dann über den Verlauf desselben in Arbeiterinnenversammlungen berichten soll.

Während des Kongresses, der zu drei Vierteln aus parteilosen Arbeiterinnen zusammengesetzt war, traten 101 Delegierte der kommunistischen Partei bei.

geschlagene Kopfsteuern, sondern auch die bereits vorher bestehenden Kopfsteuern, insbesondere im Groß-Handel, in Württemberg und Bayern.

Die Nationalsozialisten und Sozialdemokraten sollen daran interessiert sein, daß es von ihnen abhängt, ob die Kopfsteuern bestehen bleiben oder nicht. Wenn diese beiden Fraktionen für die Befreiung der Kopfsteuern eintreten würden, wie sie die Kommunisten fordern, so würde die Kopfsteuern fallen.“

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat ferner einen Antrag eingebracht, in dem die Erhebung irgendwelcher Einkommensteuern (Schlitzsteuer, Brandsteuer, Schenksteuer, Schenksteuer usw.) verboten wird.

NSD.-Sieg bei Betriebsratswahlen

Berlin, 26. November. Bei den am Dienstag, dem 25. November, stattgefundenen Betriebsratswahlen in der Schallplattenfabrik Electrola erhielten von insgesamt 455 abgegebenen Stimmen: NSD. 235 Stimmen, Liste der Reformisten 140 Stimmen, ungültig 30 Stimmen. Die Liste im Betriebsrat verteilen sich wie folgt: NSD. 6 Sitze, Reformisten 2 Sitze. Im Vorjahre hatten die Reformisten den gesamten Betriebsrat besetzt.

Berliner Gruppe der Jungsozialisten aufgelöst

Der Bezirksvorstand der SPD. von Groß-Berlin hat in seiner Sitzung am Montag die Auflösung der Jungsozialistischen Gruppe beschlossen. Die Jungsozialistische Gruppe hat in der Internationalen Kundgebung der Sozialdemokratie am vergangenen Freitag, von der wir berichteten, offen gegen den faschistischen Kurs der Parteiführung und gegen die faschistischen Kommandos des Reichsbanners rebelliert.

In der Begründung des Auflösungsbeschlusses heißt es: „Von Breslau und anderen Städten ausgehend wurden über das ganze Reich die Aktionen für eine selbständige proletarische Wehrorganisation eingeleitet. Die Jungsozialistische Organisation will sich ganz bewußt zu einer Partei in der Partei auswirken.“

Der Bezirksvorstand und die Kreisleiter wenden sich mit der Auflösung der Jungsozialistischen Gruppe keineswegs gegen die treu zur Partei stehenden jüngeren Genossinnen und Genossen. Sie fordern diese Genossinnen und Genossen auf, sich in den Abteilungen des Bezirksverbandes im Interesse der Partei und der Arbeiterbewegung zu betätigen.“

Telegramm der SPD.-Reichstagsfraktion

Berlin, 26. November. Die kommunistische Reichstagsfraktion hat folgendes Telegramm nach Moskau geschickt:

„Empört über das schändliche Treiben der „Industriepartei“, ihre Sabotage und Kriegsvorbereitung im Bunde mit Kapitalisten Europas zum Sturz unserer proletarischen Sowjetmacht fordert im Einverständnis mit Millionen deutscher Proletarier strengstes Vorgehen gegen diese konterrevolutionären Elemente. Vernichtung eurer und unserer Feinde ist unerbittliche Aufgabe der siegreichen proletarischen Revolution.“

Kommunisten beantragen:

Verbot der Kopfsteuer

Reichstags-Haushaltsausschuß berät Diktaturverordnungen — SPD. schweigt sich aus — Nur die Kommunisten kämpfen gegen Ausplünderung der Massen

Berlin, 26. November. Der Haushaltsausschuß des Reichstages legte am Dienstag die Beratungen der Diktatur-Verordnungen fort. Die Regierung mußte sich sagen lassen, daß die geplante Tabaksteuererhöhung dazu führen wird, daß der Konsum außerordentlich stark verteuert und deswegen zurückgehen wird, und daß neue zehn-laufende von Arbeitern erwerbslos werden.

Dann ging der Haushaltsausschuß zur Beratung der durch Diktaturverordnung angekündigten neuen Steuern, insbesondere der Kopfsteuer, der Gemeindesteuer und Getränkesteuer über. Der sozialdemokratische Abgeordnete Herz, der das Referat für diesen Teil der Diktaturverordnung übernommen hatte, sprach ein lautes und Breites über die technischen Schwierigkeiten (!) bei der Erhebung dieser Steuern, insbesondere der Kopfsteuer. Er sagte jedoch kein Wort über die politische Stellung der Sozialdemokratischen Partei, die bekanntlich ihre Wahlplakate zum großen Teil mit der Kopfsteuer beschriften hat.

Auch sonst sprach in der langen Debatte, die bis gegen 3 Uhr dauerte, kein einziger Sozialdemokrat zu den Fragen. Nachdem eine Reihe bürgerlicher Redner ihre Bedenken gegen die Kopfsteuer und

gegen die Getränkesteuer vorgebracht hatte, insbesondere die Wirtschaftspartei gegen die Gemeinde- und Getränkesteuer, sprach als Vertreter der kommunistischen Partei der Genosse Neubauer:

„Die Kopfsteuer ist eine ausgesprochen arbeitersindliche Steuer. Die kommunistische Partei hat deshalb im Ausschuss einen Antrag vorgelegt, welcher die Erhebung von Kopfsteuern irgendwelcher Art vollkommen verbietet. Dies betrifft nicht nur die von Brüning vor-

Gleiwitzer SPD.-Polizeipräsident macht unwahre Angaben!

Hindenburg. In dem Fall der Erschießung des Arbeiters Broja durch die Nationalsozialisten tritt immer offener die Verharmlosung der Faschisten durch die Polizei zutage. Der kommunistische Abgeordnete Selbmann hatte am Dienstag den Polizeipräsidenten in Gleiwitz, Dr. Danzhl, erlucht, ihm den Besund bei der Sektion der Leiche von Broja mitzuteilen. Darauf teilte der Gleiwitzer Polizeipräsident mit, daß Broja keine andere Verwundung als einen Schuß unterhalb des Herzens und eine harmlose

Hausdurchschießung am Kopfe habe. Nachdem die Leiche freigegeben, ist jedoch festgestellt worden, daß Broja an der linken Gesichtshälfte zwei Verwundungen hat, die ohne Zweifel von einem Schlag mit einem scharfen Instrument herrühren. Damit wird offen die Angabe des Polizeipräsidenten als falsch gekennzeichnet.

Wir werden morgen noch näher auf diese ungeheuerliche Fälschung eingehen, nachdem das Attest eines vom Abgeordneten Selbmann beauftragten Arztes vorliegt.



50 JAHRE

JUBILÄUMS-ANGEBOT

NOCH BESSER

UND PREISWERTER

KAISER'S KAFFEE-GESCHÄFT

5% RABATT
in MARKEN
ausschl.
ZUCKER

KAFFEE d. Pfd. MK. 2.⁴⁰ 3.- 3.⁶⁰ 4.-

TEE MK. 0.75 50 gr. PAKET

KAKAO-SCHOKOLADEN GEBÄCK

Die Ausgabe der Jubiläums-Geschenke bei Einlösung von Jubiläums Sparbüchern beginnt Donnerstag, 4. Dezbr.

Filialen: Bohrauer Straße 18 Frankfurter Straße 111 Frankfurter Straße 175/177 Friedrich-Wilhelm-Straße 23	Gartenstraße 25 Gräbchener Straße 24 Hohenzollernstraße 47/49 Hölchenstraße 57	Klosterstraße 23/25 Matthiasstraße 66 Matthiasstraße 106 Michaelsstraße 39/41	Ohlauer Straße 28 Ring 57 Sandstraße 18 Scheffelstraße 19 Viktoriastraße 121
---	---	--	--

Bericht vom ersten Tag des Volksgerichts in Moskau

Der Angeklagte Kamfin enthüllt Poincarés geheime Kriegspläne

Moskau, 21. November. (Sig. Ber.) Unter ungeheurer Spannung des ganzen Volkes und der zahllosen proletarischen Zuhörer erhält nach der Verlesung der Anklageschrift als erster der Professor Kamfin das Wort zu einer Darstellung seiner persönlichen Handlungen. Seine vor dem Untersuchungsrichter gemachten Aussagen hält er aufrichtig und ergläutert. Er spricht langsam und ruhig, als ob er ein Meister im Institut für Röntgenstrahlung wäre. Er versucht nicht zu verwickeln, spricht ohne Stottern, ohne einmal durch Zwischenfragen unterbrochen zu werden. Die wesentlichsten Teile seiner Ausführungen drucken wir nachstehend ab.

Der Angeklagte Kamfin

beginnt mit einer Schilderung der Entwicklung des Verhältnisses der Ingenieure zur Sowjetmacht. „Unter dem Zarismus waren wir eine besonders bewußte Klassenkraft. Die Oktoberrevolution änderte mit einemmal unsere Lage.

Wir verloren unsere kommandierenden Stellungen und wurden der Parteikontrolle unterstellt.

Die Hoffnung auf den Umsturz haben wir keinen Augenblick aufgegeben. Auch unterhielten wir enge Verbindungen mit den ehemaligen Industriebesitzern im Ausland, die niemals abrisßen. Diese „alten Herren“ sandten uns regelmäßig Geld. Zuerst ohne irgendwelche Verpflichtungen, später wurden Gegenleistungen verlangt.

Die eintretenden Wachstumschwierigkeiten der Industrie und die Kollektivierung der Landwirtschaft, der innerparteiliche Kampf, der wachsende Haß der kapitalistischen Länder gegen die Sowjetunion förderten in den letzten Jahren in uns

die Hoffnung auf einen baldigen Sturz der Sowjetmacht.

Da die vertraulichen Informationen aus dem Ausland über die Vorbereitung der Intervention immer stärker wurden, bemühten sich die alten Ingenieure durch Eintritt in die Industriepartei sichere Positionen nach dem gelungenen Umsturz für sich zu garantieren. Die Durchführung des Fünfjahresplans beschäftigte uns, da die aus der Arbeiterklasse hervorgegangenen Ingenieure uns zu verdrängen drohten. Die Organisation der Industriepartei ging etappenweise vor sich.

Die Organisation der Verschwörer

Bei meinem Eintritt im Jahre 1928 bestand das führende Zentrum aus Walschinski, Kabinowitsch und Chrennikow. Die Organisation war streng konspirativ aufgebaut. Erst in der letzten Zeit begannen die Ansätze der Verbindung der verschiedenen Industriezweige und der Aufbau der lokalen Ortsgruppen. Die zentrale Organisation hatte vierzig bis sechzig Mitglieder.

Die Gesamtzahl der Mitglieder war etwa 2000.

Mit dem Wachsen der Organisation wurden die politischen Diskussionen immer häufiger. Anfänglich waren die verschiedensten politischen Strömungen vorhanden. Den Anarchismus vertrat Walschinski, die bürgerliche Demokratie Kabinowitsch und der Staatskapitalismus wurde von Kamfin vertreten.

Diese Diskussionen förderten den Ausbau der politischen Plattform. Die Monarchie wurde abgelehnt, da die Dynastie in den Volksmassen zuviel discreditiert sei. Die zukünftige Staatsform sollte die demokratische Republik sein. Besondere Schwierigkeiten bereitete das Wirtschaftsprogramm, besonders für die Industrie.

Ursprünglich war geplant, den alten Besitzern persönlich die Betriebe zurückzugeben.

Man plante die Aktionierung der Industrie. Der realisierte Uberschuß aus der Aktienausgabe der erweiterten und der neuen Betriebe sollte zur Entschädigung der Großgrundbesitzer und zur Rückerstattung der Kosten der Intervention verwendet werden.

Die Verhandlungen in Paris

Sodann berichtet Kamfin über die Tätigkeit der gegenrevolutionären Organisation, als sie sich bereits mit

dem „Handels- und Industriekomitee“ in Paris,

unter Organisation russischer Weißgardisten, und mit einzelnen Mitgliedern französischer Regierungskreise zur Beratung der für 1928 in Aussicht genommenen Interventionspläne in Verbindung gesetzt hatte. In jener Zeit ging der Gedanke einer Intervention, betonte Kamfin, mehr von Regierungskreisen Frankreichs und Englands als vom Handels- und Industriekomitee aus. Während eine Anzahl von Mitgliedern der „Industriepartei“, unter ihnen Sedotow und Simin, auf Reisen waren, traf die Nachricht von

Verhandlungen des Handels- und Industriekomitees mit Poincaré und Briand

ein, die dazu dienten, die Intervention zu organisieren. Im gleichen Jahre überzeugten wir uns, d. h. Paritschew und ich, daß der Gedanke einer Intervention in England und in Frankreich ernst gemeint war. Bereits Anfang 1928 legte ich das Handels- und Industriekomitee in Paris

durch Agenten des französischen Dienstes in Moskau

davon in Kenntnis, daß ich und Paritschew nach Paris kommen würden. Aus London teilte ich dann durch den Direktor der Firma Bickers (bekannte Waffenfabrik, v. Red.), Ingenieur Simon, mit, daß ich im Hotel Terminus am Bahnhof St. Lazare absteigen würde.

In Paris fand dann eine Konferenz statt, an der außer mir und Paritschew die Mitglieder des Handels- und Industriekomitees Denisoff, Kabinowitsch, Kibel, Gafolam, Kich-

tscherst, Konomlow, Starynkewitsch und Mantaschew teilnahmen. Ich und Paritschew berichteten über die Lage in der Sowjetunion, über

die Tätigkeit der „Industriepartei“ in der Sowjetrussischen Delegation.

Die Mitglieder des Handels- und Industriekomitees betonten die dringliche Notwendigkeit, die Intervention von innen vorzubereiten, denn die Vorbereitung von außen, die vom Handels- und Industriekomitee betrieben wurde, verlief erfolgreich. Bei den Besprechungen berichtigte der Vorsitzende des Pariser Komitees, Denisoff, aber seine

Audienzen bei Poincaré

Poincaré habe den Gedanken der Organisation einer Intervention gegen die Sowjetunion durchaus gebilligt und darauf hingewiesen, daß diese Frage im französischen Generalstab bearbeitet werde. Gleichzeitig habe Poincaré sich daran bestanden, daß man verstärkte Interventionsvorbereitungen innerhalb des Landes betreiben, die Schädlingstätigkeit verstärken und die innere Krise besonders in dem Augenblick der Intervention verschärfen müsse.

Als ich, erklärte Kamfin weiter, darauf Zweifel ausbrach, wie weit sichere Hoffnungen auf die Unterstützung der französischen Regierung beständen, da Regierungen ja wechseln könnten und man schwerlich auf ein oder zwei Jahre vorausrechnen könne, erwiderten Mitglieder des Handels- und Industriekomitees,

der Einfluß Poincarés und Briands sei so groß, daß, gleichviel, ob sie am Ruder blieben, ihr Einfluß fortbestehen werde.

Damals habe Denisoff erklärt, daß beim französischen Generalstab bereits unter dem Vorsitz des Generals Rantin eine Sonderkommission zur Organisation der Intervention gegründet worden sei und daß dieser Kommission auch ein Vertreter des englischen Generalstabs

angehöre, daß ferner General Zukomski zu Oberst Joinville Beziehungen habe und daß das Handels- und Industriekomitee auch durch Oberst Richard mit dem Generalstab in Verbindung stehe.

Der Kriegsplan

Betreffs des Planes über die Ausführung der Intervention wurde darauf hingewiesen, daß Frankreich keine Streitkräfte zur Verfügung stellen, sondern militärische Instruktoren und vielleicht Kriegsschiffe und Flugzeuge entsenden werde,

daß Polen, Rumänien und die Randstaaten reale Streitkräfte stellen würden und daß die im Ausland befindlichen Ueberreste an weißgardistischen Truppen ausgenutzt werden sollten.

Die Mitglieder des Handels- und Industriekomitees hätten die Intervention für Sommer 1930 in Aussicht genommen, denn bis zu diesem Zeitpunkt hätte man die öffentliche Meinung im Auslande vorbereiten und die Verhandlungen zwischen den Regierungen der an der Intervention teilnehmenden Länder zum Abschluß bringen können. In dieser Konferenz sei festgestellt worden, daß der

Hauptleiter der Intervention Frankreich und der technische Leiter der französischen Generalstab sein sollten, jedoch mit Unterstützung Englands.

Ich und Paritschew, sagte Kamfin weiter, erklärten und ebenfalls für 1930. Am Schluß der Konferenz einigten wir uns über die Organisation einer Zusammenkunft zwischen mir und Paritschew und den Mitarbeitern des französischen Generalstabs und General Zukomski.

Der Schluß der Aussagen Kamfins wurde auf die nächste Sitzung vertagt

Ein von Naturkatastrophen schwer heimgesuchtes Land

Wieder Erdbeben in Japan

Viele hundert Tote — Weit über 1000 Verletzte — 300 Arbeiter im Tunnel verschüttet
Riesige Verheerungen — Ueberall Feuersbrünste

Tokio, 25. November. Ein verheerendes Erdbeben zerstörte die etwa 65 Kilometer südwestlich von Tokio gelegene Stadt Mischima auf der Halbinsel Su. 900 Personen sollen dabei ums Leben gekommen oder mehr oder weniger schwerverletzt worden sein. Bisher gelang es erst 15 Leichen zu bergen. Nach dem Erdbeben brachen riesige Brände aus, die das Werk der Zerstörung vollendeten. Das Erdbeben begann am Mittwoch kurz nach 4 Uhr morgens und dauerte etwa 10 Minuten.

Stadt Hakonenatschi zum zweitenmal zerstört

Nach ergänzenden Mitteilungen hat das Erdbeben auf einem Teil des Bezirks Schijusaka, südwestlich der Hauptstadt Tokio, besonders gewütet. Die Zahl der Todesopfer wird hier auf 200 geschätzt, diejenige der Verletzten übersteigt

1000. Die Sommerstation Hakonenatschi, die bereits einmal im Jahre 1923 zerstört worden war, fiel von neuem der Vernichtung anheim.

300 Arbeiter in Lebensgefahr

Mehrere Kolonnen von Erdarbeitern, man spricht von 300, die im Augenblick des Erdbebens in einem Tunnel bei Atami beschäftigt waren, sind durch einen gewaltigen Erdsturz eingeschlossen. Man befürchtet für sie das Schlimmste.

Wie das japanische Zentralobservatorium meldet, sind in der Umgebung des Badeortes Ito, der ebenfalls in Brand geriet, seit dem 7. November nicht weniger als 1500 Erdstöße verzeichnet worden. Man befürchtet, daß auch die Gebiete von Schujinschi, Ohito und Schimada gelitten haben, da aber jede Verbindung unterbrochen ist, fehlen bisher alle Einzelheiten.

Das Ziel der in Moskau angeklagten Verschwörer

So sollte es auch in der Sowjetunion werden



Ein Schreckensbild aus China — Proletarische Opfer der imperialistischen Interventionsarmee
So war es auch zwischen Poincaré und den Verschwörern gegen die Sowjetunion verabredet

Breslau

Mietenerhöhung	8,4 Prozent
Getränkesteuer	19 "
Bürgersteuer	6 Mark
Unterstützungsrauh	2 Tage
Lohnabbau	7,5 Prozent

Das ist der Kurs. Wer dagegen ist, kommt heute um 18 Uhr auf den Platz der Republik zur

Protestkundgebung

Was wird das Stadtparlament beschließen?

Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung des Breslauer Stadtparlamentes stehen u. a. drei wichtige Vorlagen.

Der Magistrat wird mitteilen, daß eine Winterbeihilfe an die Erwerbslosen, selbst in dem bescheidenen Umfang, wie es vom Stadtparlament beschlossen wurde, nicht durchgeführt wird. Deshalb, weil die Ausschüssebehörde die beschlossene Erhöhung der Gewerbesteuer vom Ertrage nicht genehmigt und weil der Magistrat sich nicht dazu aufschwingen will, die Besitzenden schärfer zu besteuern. Die kommunistische Fraktion ist der Auffassung, daß von der erhöhten Gewerbesteuer die Personen mit einem geringen Einkommen selbstverständlich nicht erfasst werden dürfen. Im übrigen wird sie auch heute erneut die Quellen nachweisen, deren Inanspruchnahme die Belastung der breiten Schichten der werktätigen Bevölkerung überflüssig machen würde. Unter Hinweis auf diese Deckungsmöglichkeit wird unsere Fraktion erneut den früheren Antrag auf eine ausreichende Winterbeihilfe stellen.

Die zweite wichtige Frage ist der Antrag der kommunistischen Fraktion, der den Magistrat auffordert, die vom Minister des Innern verfügte Erhöhung der Grundvermögenssteuer, die die bekannte Mietenerhöhung zur Folge hat, nicht durchzuführen. Der Antrag ist nur von 10 Sozialdemokraten unterschrieben. Die Sozialdemokraten hatten ihre Unterschrift verweigert. Ob sie nun aus demagogischen Erwägungen den kommunistischen Antrag doch unterstützen werden, liegt dahin. Tatsache ist jedoch, daß sie es zutreffendenfalls nur deshalb tun werden, weil sie genau wissen, daß die Mieten doch erhöht werden.

Zwei Vorlagen des Magistrats, die wohl im Zusammenhang behandelt werden, sind die Erhöhung der Biersteuer und die Einführung der Bürger- und Getränkesteuer. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß die kommunistische Fraktion mit aller Entschiedenheit gegen diese Steuern auftritt. Nach den Beratungen im Finanzausschuß, in dem bekanntlich der Vorschlag des Magistrats keine Mehrheit gefunden hat, ist anzunehmen, daß auch die heutige Stadtverordnetenversammlung die neuen Steuern mit Mehrheit ablehnen wird. Die Steuern werden dennoch eingeführt werden. Das wissen die Parteien genau. Nur deshalb haben sie ab, um die Wähler an der Stange zu halten.

Durch die diktatorische Einführung der Steuern — genau wie es mit dem staatlichen und später kommunalen Zuschlag zur Grundvermögenssteuer der Fall war — wird eindeutig gezeigt, daß wir weder Demokratie noch Selbstverwaltung haben.

Ohne Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage der Arbeiter, Angestellten, Beamten, Gewerbetreibenden, Arbeitslosen, ohne Rücksicht auf die Beschlüsse des gewählten Stadtparlamentes — werden die Steuern erhöht und neue eingeführt, in einer Zeit, wo die Löhne abgebaut werden und von einem Preisabbau man höchstens in den Zeitungen etwas liest.

All das geschieht, weil die Regierung und die Führer der auf dem Boden des Privateigentums stehenden Parteien sich fest vorgenommen haben, die deutsche Wirtschaft durch Freisetzung der Kapitalbildung, das heißt durch Steigerung des Profits „anzufurbeln“ — ohne Rücksicht auf das Elend, in dem die deutschen Werktätigen — nicht nur die Erwerbslosen und Arbeiter, auch die Angestellten, Beamten und der Mittelstand — stehen.

Gegen diesen Aus Hungerungssturz gibt es entchiedenen Front zu machen.

Mit parlamentarischen Mitteln wird man keinen Erfolg zu verzeichnen haben. Man muß den außerparlamentarischen Kampf organisieren, steigern, alle Schaffenden und Erwerbslosen in die Front einreihen.

Heraus heute um 18 Uhr auf den Schloßplatz!

Schwangere Frau geschlagen!

Das Ehepaar Kies, Posener Straße 4, hat drei Kinder, der Mann hat ein festes Bein und einen steifen Arm. Die Familie erhält eine Unterstützung von 117 Mark monatlich. Von diesem Betrag ist es natürlich unmöglich, irgendwelche Sachen anzuschaffen, so daß das Ehepaar einen Antrag auf Sachen gestellt hatte. Da ein Bescheld ausstieß, wurde die Frau mehrere Male auf dem Wohlfahrtsamt vorstellig. Als sie zum dritten Male hinging, wurde sie erneut abgewiesen, worauf sie sich an den Bezirksvorsteher Zieger, Posener Straße, wandte, und von diesem famosen Bezirksvorsteher geschlagen wurde, obwohl die Frau schwanger ist.

Das NSDAP-Fühndchen

A. R. Der Sohn des Ehepaars Breitung, von der Leuthenstraße 78, ist Mitglied der NSDAP. — und seine Couzage ist auch danach. Als am Dienstag der Sohn stempeln gehen mußte, schickte er zuerst seine Mutter vor zur Feststellung, ob nicht etwa revolutionäre Arbeiter in der Nähe seien. Die Mutter stellte mit Entsetzen die Anwesenheit von einigen Kommunisten fest. Darauf hatte sie nichts Eiligeres zu tun, als auf der Polizeiwache zwei Beamte zu holen, die ihr Söhnchen zur Stempelstelle begleiten mußten. Heul!

Achtung, KGO-Metallarbeiter!

Am heutigen Donnerstag 20,30 Uhr findet eine Fraktionsitzung der oppositionellen Metallarbeiter im Büro des Bezirkskomitees, Breite Straße 6/7, statt. Wir ermahnen alle KGO-Anhänger, insbesondere die Mitglieder der kommunistischen Partei, an der Sitzung beizutreten. — KGO-Bezirkskomitee.

Die „Volkswacht“ schwindelt

Ein arbeitsloser kaufmännischer Angestellter schreibt uns: Während Ihre Zeitung sofort einen Artikel brachte, der den Unterhaltungsbeitrag anprangerte, brauchte die „Volkswacht“ acht Tage, um die ersten Worte dazu sagen zu können. Sie glaubte, mitteilen zu können, daß für die beiden männlichen Abteilungen der „Volkswacht“ nicht erfolgen würde, und behauptete, das sei ein Erfolg der Verhandlungen, die die KGO-Bürokraten mit dem Arbeitsamt geführt hätten. Der Abzug bei den kaufmännischen Angestellten war bereits durchgeführt. Auf meine Anfrage auf der Stempelstelle wurde mir der Bescheid, daß die Mitteilungen der „Volkswacht“ keinesfalls den Tatsachen entsprechen. Am Sonntagabend mußte das Räte-Organ mitteilen, daß die Verhandlungen weitergehen. Schon da konnte man zwischen den Zeilen lesen, daß sie keinen Erfolg bringen werden. Am Montag dieser Woche teilt nun die „Volkswacht“ mit, daß es sich um eine Maßnahme handele, die von der Reichsanstalt angeordnet und in den anderen Städten bereits durchgeführt sei. Für Breslau, so behauptet die „Volkswacht“, ist nur in einigen Abteilungen für die neuen Zugänge mit der Ein-

behaltung begonnen worden. Diese Mitteilung entspricht keinesfalls den Tatsachen.

Erwerbslose, Augen auf! Schmeißt die „Volkswacht“ — auch dann, wenn sie euch zum halben Preise geliefert wird — aus der Wohnung hinaus. Ihre Schreibweise ist lediglich angeht, um euch zu verwirren und euch vom Kampf abzuhalten!

Alle Metallarbeiter,

die gegen den Lohnabbau zu kämpfen gewillt sind, die die Ausgrenzungsoffensive der Unternehmer abwehren wollen — kommen am Freitag um 17,30 Uhr (5,30 Uhr nachmittags) in den „Centralballsaal“, Bekendstraße 50, zur öffentlichen Metallarbeiterversammlung. Was nun, nachdem der Abbau-Spruch abgelehnt ist? Was wird, wenn die Verbindlichkeitsklärung erfolgt? Metallarbeiter, es liegt in eurer Hand, die Entscheidung zu fällen. Kommt zahlreich in die Versammlung! Die KGO.



Alarmbereitschaft

ab Sonntag 9 Uhr!

Wohin am Sonntagabend?

Am Sonntagabend um 19 Uhr alles bei Hante, „Oderstrom“, Uferstraße 48, zum Herbstabendessen des Arbeiter-Schmiedekorps. Mit-Scheidung. Eintritt 50 Pfennig einschließlich Tanz.

Jungarbeiter heraus!

Der kommunistische Jugendverband S ü d veranstaltet am Montag, dem 1. Dezember, um 20 Uhr, im Lokal „Astorla“, Sonnenstraße, eine antifaschistische Kundgebung. Die Spieltruppe „Kommunisten“ tritt auf. Unkostenbeitrag: Jugendliche 15 Pf., Erwachsene 30 Pf. Alle ungenügenden Gegner der Faschisten werden zur Teilnahme aufgefordert.

Einer, der sich am Streik nicht beteiligt hatte. Wie uns mitgeteilt wird, hat sich der Inhaber des Kasselokals David Tischler, Friedrich-Wilhelm-Straße 90, am Montag nicht an dem Gastwirkestreik beteiligt. Sein Lokal war nach 19 Uhr geöffnet.

Im Schiefwörter am Freitag spricht Dr. med. Mag. J. G. o. d. a. n. über „Die Segualnot unserer Zeit, ihre Ursachen und die Voraussetzungen ihrer Beseitigung.“

War das nötig? Der Möbelhändler Paul Scholz von der Matthiasstraße hatte durch einen Wohlfahrtsunterstützungsempfänger ein Möbelstück anfertigen lassen. In diesem Stück hatte der Wohlfahrtsfahrtsmpfänger fünf Mark Verdienst, den er der Wohlfahrt auch gemeldet hatte. Herr Scholz brachte es jedoch fertig, auf dem Wohlfahrtsamt zu melden, daß der Verdienst nicht fünf, sondern zehn Mark betrug, worauf die Unterstützung zuerst gesperrt und dann um einen weiteren Betrag geschmäkelt wurde.

Das wahre Gesicht der Strehleiner SPD.

A. R. Die Tatsache, daß wir in letzter Zeit wiederholt in den Sumpf der Strehleiner SPD-Wonzen geleuchtet und mit Beispielen aus der Praxis bewiesen haben, daß in puncto Arbeiterinteressen von seiten dieser Führereliquie Verrat auf Verrat gehäuft wurde, hat die „Kriegs-Volkswacht“ wieder einmal aus dem Häuschen gebracht. In einem lehrstuhlgemäßen Artikel geht es zunächst, gegen den Berichterstatter der „Arbeiter-Zeitung“ zu polemisieren und herzufallen. Diese schon chronisch gewordenen Wutanfälle verlieren sich immer mehr in Schwundelbeitern, so daß es oben auch für Strehleiner die höchste Zeit war, der Insizierung der „Volkswacht“-Leser ein Gegengift zu bringen. Daß dieses Gegengift gute Wirkung zeitigt, beweist die tägliche Zunahme unserer Leserschaft.

Über die tollen Zustände, von denen wir aus der Strehleiner Zuckersabrik und dem städtischen Steinbruch berichten konnten, versuchen die SPD-Wonzen, die Arbeitererschaft mit den gemeinsten Lügen hinwegzuführen. Man verleiht sich zu Behauptungen, welche die Wahrheit geradezu auf den Kopf stellen. Nicht unser Genosse D. war es, der den Wunsch nach dem 16-Stunden-Arbeitsstag laut werden ließ, sondern es war der Sozialdemokrat und Kommunistenfresser F. aus Ruppertsdorf. Dieser wollte sich während der Nachtschicht auf Kosten der Arbeitstochten eines Kommunisten einschleichen. Der Gedanke, daß ein Kommunist für den täglichen Lohn nicht noch für zwei Mann arbeiten würde, hat natürlich in dem beschriebenen Hirn eines F. nicht Platz, und so suchte F., unseren Genossen D. aus dem Betriebe zu bringen.

Die drei Ruppertsdorfer Proleten, welche bei Beginn der Kampagne beim Grafen Saurma in Lambach ein Veramundzeugnis nachgeschickt haben sollen, verschreit man als Lüste-Wähler. Was ist richtig? SPD-Listen — die gleichzeitig Kriegervereiner sind — waren diese Protokollräger.

Wer war von 1918 bis 1924 Mitglied und Vorsitzender des Betriebsrates der Strehleiner Zuckersabrik? Es war der Sozialdemokrat R. Mo. wann zu damaliger Zeit Ungehörlichkeiten begangen worden sind, sind sie nicht von einem Kommunisten begangen worden. Und wer beging im Jahre 1929 den Streikbruch jene Ungehörlichkeiten, indem man den Ausschluß der freigeberlich oppositionell eingestellten Betriebsarbeiter am Schwarzen Brett im Steinbruch bekannt gab, was der Betriebsleiter Walter mit der Bemerkung begründete: „Was, die Großtrollen.“ — Es war der Gewerkschaftssekretär und Sozialdemokrat Häuser. Da verleiht sich die „Volkswacht“ der SPD-Wonzen noch zu der Behauptung: „Es etwas macht ein Sozialdemokrat nicht!“

Dieser ganze Verrat und Schwundel ist wohl hier in Strehleiner von niemand besser erkannt worden, als ganz besonders von den Steinarbeitern. Wie sieht es denn eigentlich in der drückenden

Achtung, Schnorrer! Im Monat Dezember werden folgende Hauskollekten in Breslau veranstaltet: Diakonissenanstalt Bethlehem in Breslau und Kreis Synode Breslau für arme Kranke. — Arbeiter, Taschen zu!

Die Sprechstunden im Büro des KGO-Komitees auf der Breiten Straße 6/7, 1. Stock, finden täglich von 10 bis 11,30 Uhr und von 16,30 bis 18 Uhr statt.

NSD. Kanal. Donnerstag 20 Uhr im „Anglerhelm“, Leuthenstraße, Mitgliederversammlung. Dortselbst werden auch neue Mitglieder aufgenommen.

SS. „Eichenlaub 1910“. Am Sonntag um 9 Uhr bei Briagner, Bergmannstraße 12, wichtige Mitgliederversammlung. Jeder Genosse muß bis dahin seinen Verpflichtungen nachkommen. Uebungsstunde im Ringen, Gewichtheben, Boxen und Jiu-Jitsu jeden Freitag von 18,30 bis 21,30 Uhr in der Turnhalle Paulinenstraße.

„Die Affäre Dreyfus.“ (Palast-Theater.) Nach dem großen und nachhaltigen Eindruck, den die dramatisierte Dreyfus-Affäre auf den Bühnen hervorgerufen hatte, hat man sie nun auch verfilmt. Es ist ein großer, etwas zu langer Film geworden, in dem die besten deutschen Schauspieler mitwirken. Im wesentlichen der Bühnendarstellung folgend, treten nochmals die Ereignisse um die Jahrhundertwende vor unseren Augen hervor, die Claqueurwirtschaft in der französischen Armee, die Verurteilung und Deportation des unschuldigen Dreyfus und seine spätere Rehabilitierung. So gut der Film ist (technisch, schauspielerisch und tonfilmlich), so zeigt er doch das: Es wird heute etwas sehr viel Gesehener und Gesehener gemacht, wie es dem „Weltgewissen“ und der „Wahrheit“ gelungen ist, einen Unschuldigen aus den Klauen der Justiz zu retten. Und es scheint uns, als ob sich die bürgerliche Darstellung allzu sehr bemüht zu bemerken, daß es doch möglich sei, der Justiz ihre unschuldigen Opfer zu entreißen. Die Affäre Dreyfus ist ein Einzelfall, dessen Besonderheiten nicht auf die tausend und aber tausend anderen Justizmorde zutreffen.

Warum in die Vergangenheit schweifen, wo wir allein in den zwölf Jahren der Republik Tausende von Fällen erlebt haben, wert, verfilmt zu werden? Warum macht man aus dem Fall Jaku-howski keinen Film, um nur ein Beispiel zu nennen? Die Gründe liegen nahe.

Gewerkschaft überhaupt noch aus? Ist es richtig, daß die nur noch winzig einlaufenden Gewerkschaftsbeiträge kaum dazu fangen, die örtlichen Angestellten zu unterstützen? Warum scheut man die Einberufung der schon lange fällig gewordenen Steinarbeiterversammlung? Kein Arbeiter hat mehr Lust, die notwendig verdienten Groschen dorthin zu geben, wo Winterarbeit zum Schaden der Arbeitererschaft geleistet wird. Und wenn heute auch die Strehleiner Arbeitererschaft die Orientierung zur KGO immer mehr findet, so ist das bei den kommenden Lohnkämpfen im hiesigen Distrikt ein gewaltiges Plus, das als Gegenpol gegenüber der Taktik der reformistischen Wonzen gebucht werden kann.

Zum Schluß: Was haben die Häuser und Konsorten bisher für die Erwerbslosen getan? Nichts! Vor der Wahl rief man die Erwerbslosen zusammen, um sie mit leeren Versprechungen als Stimmvieh zu füttern. Aber auch die Erwerbslosen haben recht bald dieses Spiel durchschaut, und sie allein waren es, welche die Einsetzung eines Erwerbslosenausschusses forderten, der in der kurzen Zeit seines Bestehens mehr geleistet hat, als all die reformistischen Wonzen in der ganzen Zeit der Erwerbslosigkeit.

Verflüchte! Erwerbslose! In euch ergeht der weitere Ruf zur Sammlung unter Führung der KGO, und die Zeit wird nicht mehr fern sein, wo wir die schönsten Früchte unseres Sieges reifen sehen werden.

Ohlau. Zur Buchkontrolle meldet sich jeder Genosse am Sonntag von 9 bis 11,30 Uhr bei Schmidt, über der Oder (Nebenzimmer). Letzte Zeitungsquittung ist mitzubringen! (Schluß des redaktionellen Teils.)

Variété Wappenhof. Das bunte zweite November-Programm bietet in den Nachmittagsvorstellungen die anregendste Familienunterhaltung.

Liebig-Theater. Nur vier Tage ist Gelegenheit, das sensationelle Liebig-Programm mit dem Eisball auf der Bühne, dem Wunderseeligen und den weiteren Attraktionen zu sehen.

Verantwortlich für den politischen Teil: Ernst Scheller. Berlin: für den Provinzialteil (außer Oberdeutsch): Ernst Wellwede. Breslau: für Oberdeutsch: Fritz Sendorff, Hindenburg. — Für Interzale: Fritz Sendorff. Breslau.

Arbeiter-Kino, Margaretenstraße 17
Erstaufführung: Heute und morgen 5 und 8 Uhr

Gigant, das Getreidewerk Rußlands
Ferner Benny Porten in
Liebfräunmilch

Auf der Bühne:
I. H. Mohammed als Luftakrobat
Wochenschau Jugend verboten!
Erwerbslose bis 5.30 25 Pf. sonst 50 Pf.,
Besucherkreis dasselbe

Nicht vergessen

zu jeder Mahlzeit



Christ-Brot essen

Amerika droffelt die sowjetrussische Einfuhr

New York, 28. November. Das Schahamt hat mit Genehmigung des Staatssekretärs Nelson neue Zollbestimmungen erlassen, die sich offiziell gegen die Einfuhr solcher Waren richten, die mit Hilfe von Strahlungsarbeit hergestellt sind, in Wirklichkeit jedoch die Einfuhr sowjetrussischer Erzeugnisse unterbinden wollen.

Es ist schon ein Gebrauchsgut der amerikanischen Behauptung gegen die Sowjetunion geworden, die Tätigkeit der erkrankten und arbeitsunfähigen Arbeiter der Sowjetunion als „Strahlungsarbeit“ zu bezeichnen. Alle Antikommunisten begrüßen darum begeistert den obigen Beschluß, der vorsieht, daß auf irgendeinen (!) Einspruch gegen eine Einfuhr eine Sperre verhängt werden kann, bis folgende beglaubigte Dokumente vorliegen: Nachweis, daß es sich nicht um Strahlungsarbeit handelt, Konsularische (— Bestätigung über die Art der verschifften Ware und Nachweis über die Hinterlegung des Gegenwertes des Einfuhrbetrages. Da Amerika keine diplomatischen Beziehungen mit der Sowjetunion unterhält, ist keine dieser „Bestimmungen“ für die Sowjeteinfuhr erfüllbar. Sie sind auch belohnungswegs annehmbar!

Der Dolchstoß, den Amerika mit diesen Maßnahmen der Sowjetunion verfehen will, wird sich gegen die Dollarapitalisten richten, die bei Wegfall des Rußlandgeschäftes noch tiefer in die Krise sinken werden. Er wird den Siegeszug sozialistischen Aufbaues nicht aufhalten. Das internationale Proletariat wird seinen Kampf gegen die geplante Wirtschaftskrise verstärken, um weitere Maßnahmen in dieser Richtung, deren Inspirator in Europa der französische Imperialismus ist, wirksam zu parieren.

Ein polnisches Todesurteil bestätigt

Steigert die Protestwelle gegen die Henker

Warschau, 28. November. Das höchste Gericht in Warschau hat die Verurteilung eines im Jahre 1929 gefällten Urteils bestätigt. Es handelt sich um den Prozeß gegen Roman Bida und ein Ukrainer, die verschiedener Terrorakte angeklagt waren. Roman Bida ist zum Tode, die ein Ukrainer zu je vier Jahren Zuchthaus verurteilt.

Lauer Schwindel

Wieder einmal ist es nichts gewesen

Da hat der gute Bürger drei, vier Tage lang aufgeatmet, endlich gründlich aufgeatmet, und jetzt ist es wieder nichts: Der „ermordete Stalin“ lebt, der russische „Umsturz“ hat sich auch überlebt und ist ausgeblieben. Alle Züge verkehren und dazu noch ganz regelmäßig, die Telefonverbindung mit Moskau, die wegen des Unwetters gestört war, klappt auch schon wieder und nicht einmal ein roter General ist verhaftet.

Kurz, ein richtiggehender Skandal. Man kann es den verdammten Bolschewiki noch so bequem machen — sie lassen und lassen sich nicht umbringen!

Einfach unerhört!

Ja, und wofür gibt man denn dann eigentlich sein gutes Geld aus? In der Morgenzeitung für 15 Pfennig „Revolution“ über drei Spalten, mittags für 10 Pfennig ein „ermordeter Stalin“ über vier Spalten und abends für wieder 10 Pfennig sogar ein wackelnder Moskauer „Eigenbericht aus Riga“, mit den allergrößten Lettern, extra rot angestrichen, daß der „Kreml bereits in Verteidigungszustand gesetzt“ ist, und jetzt soll plötzlich alles aus sein? Wo man sich doch schon so gefreut hat.

Wirklich unerhört!

Aber ich hab's ja immer gesagt: Kann man sich denn auf so ein hergelaufenes Pack, wie diese Bolschewiki es nun einmal sind, verlassen? Bei diesen verfluchten Bolschewiki ist alles Schwindel, lauter Schwindel, nichts als Schwindel.

Unerhört!



(Copyright des Internationaler Arbeiter-Verlag, Berlin.)

49. Fortsetzung

„Weißt du denn, worum es geht?“ fragte Franz.
 „Halt mich nicht für dumm! Sicher weiß ich das! Ich möchte es auch gern einmal etwas besser haben! Was hab ich bisher gehabt?“ — Sie streckte ihm wortlos ihre kleinen, benarbteten Hände vor. — „Verdient wird dabei nichts!“ sagte sie, als er schwieg. „Schuften kannst du und dich noch oben drein sorgen, wie du auskommst! Ich bin es oft so leid, das kannst du mir glauben!“
 Er glaubte es ihr. Er empfand tiefes Mitleid mit dem Mädchen, das ihm sein Leid erzählte, als wären sie seit langer Zeit schon die besten Freunde.
 „Meine Mutter müßte dich kennen!“ — sagte Franz. „Ob die dich verstehen würde, ich glaube es kaum!“
 „Warum?“
 „Die hält schon die Hände vor's Gesicht, wenn sie eine Demonstration sieht! Es ist mir oft eine Last! Sie möchte mich am liebsten immer um den Kopf haben!“
 Nun lachte das Mädchen herzhafte auf. „Sie ist eben nur Mutter! Da machst du nichts dran!“
 „Ja —“ erwiderte er, „sie hat mich zu gern!“
 „Kann sie, wie sie ist, es ist nun einmal nicht anders!“ Beide schwiegen und dachten nach. Ueber das Gesicht der Sanitäterin huschte ein Schatten. Sie schien älter geworden zu sein. Ganz tief in den Augen irrten Funken. Dann suchte sie etwas zu verbergen. Sie bog ihren Kopf tiefer.
 „Was hast du?“ fragte Franz.
 „Nichts!“ erwiderte sie rauh.
 „Doch!“ — Er hob ihren Kopf zu sich.
 „Nur!“
 „Woran denkst du denn?“
 „Ach — vorhin das — mit der Mutter! Du weißt doch, meine ist tot!“ Nach einigem Stoden erzählte sie es Franz. „Mit Sieben waren wir, Der Vater trant viel. Wir haben Kohle gesammelt, sie an Herzhaften verkauft, um was zu essen zu haben! Die Mutter bekam die Schwindel und vor dem Tode noch eine Frühgeburt. Die nahm sie gleich nach ein paar Atemzügen mit in den Sarg. Der Vater trant dann noch mehr und hat sich eines Tages im De...rium aufgehängt! Und wir Kinder — na, du weißt doch, wie es solchen Kindern geht! Rungerstochen wirst du von einem zum andern!“
 Der Wagen sauste in rasender Fahrt talwärts. Wie ein Garbenbündel fielen die Insassen vornüber, als der Chauffeur die Bremse anzog. Rechts und links flogen graue, rußverschmutzte Häuserfronten, Schachanlagen und Steinhaufen vorüber. Kinder schrien und winkten dem knatternden Gefährt nach. Bergränzte, mürrische Gesichter lagen in den Fenstern der Kasernen, mürrisch, verdrossen, wie die Umgebung selbst. Hier und dort streckte sich ein hagerer Arm heraus, eine Hand und winkte.
 Die Luft roch nach Kohle und Del. Zwischen den Fingern der schweigenden Männer knirschte der aufgewirbelte Staub. Eine häßliche Staubwolke überzog ihre Gesichter, legte sich auf Haare und Brauen. Immer älter erschienen sie, ernster und härter.
 Wieder tauchte eine Schachanlage auf. Ein Gleis überquerte die gepflasterte Straße und wand sich zwischen zwei herabgelassenen Schrankenbäumen einen Damm entlang ins Gelände hinein. Eine Lokomotive rangierte leere Waggons. Männer im Arbeitsittel und mit öligen Händen sprangen zwischen die Wagen und koppelten sie los. Es war ein gefährliches Spiel. Ein Fehltritt und die Puffer zerquetschten sie zu Brei.
 Links der Straße lag der Felsenplatz, wallgepackt mit Eisenholz, Grubenholz auf Stapeln und alten Förderwagen, die auf Reparatur warteten. Im Westen fiel der Sonnenball in die Nacht. Malerisch flammte der Horizont im letzten Licht des vergehenden Tages auf. Großwind strich über die Gassen.
 „Wir müssen Benzin nachfüllen“, rief der Manchestermann und sprang aus seinem Führerfaß. Auch die anderen kletterten vom Wagen herunter und versuchten, die steif gewordenen Glieder durch Armschlagen und im Trottlauf um den Wagen herum gelenkig zu machen.
 „Du frierst, hast zu wenig warmes Zeug mit!“ — sagte Franz zu der Sanitäterin, die fröstelnd die Schulter hochzog.
 „Ich habe so zwei Nächte ausgehalten“, erwiderte die, „ich bin's schon gewohnt!“ Sie versuchte zu scherzen, konnte aber ein leichtes Zähneausklagen nicht verhindern. Franz zog seinen Mantel aus. „Komm, zieh ihn an, du wirst sonst krank!“
 Sie folgte willig, schlüpfte hinein. „Nun wirst du frieren!“ — sagte sie dabei besorgt.
 „Ich halt's schon eher aus!“ wehrte Franz ab. Währenddessen war der Chauffeur mit zwei Mann fortgegangen, um Benzin zu holen. Nach etwa zehn Minuten erschien er wieder im Tor, in der Hand einen Blechbehälter. Aus diesem füllte er den Benzinvorrat nach.
 „Wo hast du das Zeug geholt?“ — fragte Franz.
 „Drüben, vom Bütt!“ grinste der Manchestermann, „der Materialverwalter hat sich ja erst gestraubt; als wir ihm aber die Knarre riechen ließen, kriegten wir gleich Benzin! So bereitwillig hat mich noch keiner bedient, nicht wahr?“ Er nickte seinem Begleiter mit dem starken Schadel zu.
 Mittlerweile brach die Nacht herein. Hier und dort blinkten schon die Straßenlichter. Auch in den Häusern blakten die Petroleumlampen, sprang Gas- und elektrische Beleuchtung auf. Der Motor hatte neue Nahrung bekommen. Er fing wieder an zu rattern. „Aufsteigen!“ sagte der Manchestermann und bestieg seinen Kasten. Franz half der Sanitäterin auf den Wagen.
 Die Kumpels hatten ihren Spaß mit der Bagage, die in der Ecke des Wagens zusammengewirrt hatte und schnarrte. „Ruhe sanft!“ — sagte einer salbungsvoll. „Der Schnidder verpennt den Putz! Friede seiner Wache!“ — Gelächter. „Was schreiben wir auf sein Denmal, wenn er nicht mehr aufsteht?“ „Hier ruht unser Schnidder — bei dem nächsten Putz ruht er wieder!“ Die Bagage lachte eifrig im Schlaf. Um die dünnen Lippen mit dem noch dünneren Wärtchen zwifte ein Schelm. „Se unnerhöllt sich mit die Engeln!“ — rief einer mit verstellter Stimme.
 (Fortsetzung folgt.)

Laopo-Faschisten konstituieren sich als Partei

Wie die Sozialdemokratie Faschismus „bekämpft“

Soinhusfoud, dem die finnischen Sozialdemokraten als „Wall gegen den Faschismus“ das Vertrauen schenken, offizieller Präsidentschaftskandidat der Lappomänner

Helsingfors, 28. November. Der finnische Faschismus hat in Lappo einen dreitägigen „Lappo-Kelchstag“ abgehalten. Die Tagung beschloß den Zusammenschluß zu einer kraftorganisierten faschistischen Partei mit Namen „Lappo-Bewegung“, deren Programmpunkte „Unterdrückung des finnischen Kommunismus und Erziehung des Volkes in starkem vaterländischen (i. e. faschistischen) Geiste“ lauten. Die reaktionären Militärverbände und die Organisation „Finnlands Schloß“ schließen sich der neuen Partei an.

Ebenso bedeutsam ist der Beschluß dieser Tagung, als Kandidaten der Lappo-Bewegung zu den bevorstehenden Präsidentschaftswahlen den jetzigen Ministerpräsidenten Soinhusfoud aufzustellen.

Mit der Annahme des Antikommunistengesetzes im finnischen Reichstag am 11. Oktober hat der finnische Merkmal-moderische Faschismus vorläufig seinen Sieg besiegelt.

Soinhusfoud (zu deutsch: Schweinehund), der Bluthund der finnischen Revolution, der bis dato der inoffizielle Vertrauensmann der Lappo-Leute war, klettert jetzt seine Wüste ganz und zieht mit fliegenden Fahnen in die Lappo-Partei ein.

Dieser Soinhusfoud ist der Mann, den die finnische Sozialdemokratie bei seinem Amtsantritt vor wenigen Monaten als den „von rechts und links als Verteidiger der Verfassung gleich

geachteten großen Staatsmann“ gepriesen, dem sie das Vertrauen gegeben und den sie den rebellierenden Arbeitern gegen über als „Wall gegen Lappo“ hingestellt hat.

Ja, die Sozialdemokratie war sogar bereit, für die Antikommunistengesetze zu stimmen, indem sie einige ihrer Abgeordneten abkommandieren wollte für den Fall, daß bürgerliche Abgeordnete fehlten, alles „um die Demokratie, deren Beschützer gegenwärtig Soinhusfoud ist, zu retten“.

Wer erinnert sich angeht dieser schmachvollen Handlangerdienste der Sozialdemokratie für den finnischen Faschismus nicht an den 18. Oktober in Deutschland, wo die SPD. mit genau den gleichen Phrasen der halbfaschistischen Brüning-Diktatur das Vertrauen schenkte, obgleich ihre Führer wissen, daß

Brüning in Deutschland ebenso wie Soinhusfoud in Finnland der Plagenweiser für die Faschisten ist.

Eine besondere Note erhält das Verhalten der Sozialdemokraten in Finnland noch dadurch, daß Finnland der nächste zulegerische Nachbar der Sowjetunion ist und der französische Imperialismus — wie jetzt die Verhandlungen gegen die „Industriepartei“ in der Sowjetunion beweisen — Finnlands faschistischen Militärorganisationen eine große Rolle in der Intervention gegen die Sowjetunion zugewiesen hat!

Auch Pabst fährt zu Tschangtsai

Deutsche Faschisten, die besten Bluthunde der chinesischen nationalen Freiheitskämpfe

Wien, 28. November. Es verlautet zuverlässlich, daß Putschmajor Pabst einem Kuxe Tschangtsais folgend nach China reisen wird, um als Militärintendant der chinesischen reaktionären Truppen die Offensive gegen die Sowjetgebiete zu leiten.

Dieser Schritt erfolgt, nachdem Pabst's Hoffnungen auf Wiedererringung eines einflussreichen Postens in der Heimwehr, die er an seine Rückkehr nach Oesterreich geknüpft hatte, unerfüllt geblieben sind.

★

Pabst wird in China die Rolle spielen, die ihm in Oesterreich infolge der Streitigkeiten der führenden Heimwehrclique weiterhin zu spielen verwehrt wird: Die Rolle eines faktischen Arbeiterbluthunders. Er folgt den Spuren einer ganzen Anzahl deutscher Hitler-Anhänger, die sich — wie aus dem gestern veröffentlichten Aufruf der K.P. Chinas hervorging — als Handlanger des Henkers Tschangtsai bereits den wüstersten Haß des chinesischen Volkes zugezogen haben.

Berenguer offenbart seine Schwäche

Madrid, 28. November. Das spanische Kabinett hat eine Umbildung erfahren. Der bisherige Innenminister, General Maza, ist zurückgetreten; an seine Stelle tritt der Verkehrsminister Motos, während der bisherige Justizminister Estrada an Motos' Stelle tritt. Justizminister wird der bisherige Unterstaatssekretär im Ministerium, Montes Zovellar.

Diese Verschiebung der Personen innerhalb der Regierung ist ein Zeichen der Schwäche der spanischen Diktaturregierung gegenüber dem revolutionären Ansturm der spanischen Arbeiterklasse.

Mutiges Klassenbekenntnis griechischer Kleinbauern

Athen, 28. November. Drei arme Kofinenproduzenten, Kalamas, Myrtas und Petropulos aus Nauplion, fanden wegen ihrer kommunistischen Betätigung vor dem zweiten Gerichtsinstanz. Kalamas erklärte: „Ich stehe heute vor einem Klassengericht, weil ich als Klassenbewußter Mensch die Interessen der Armen verteidigt habe. Die kommunistische Partei organisiert die Revolution, die diesen Saat frützen wird.“ Die Rede machte großen Eindruck.

Kurze Auslandsnachrichten

In der Budapest Industrievorstadt Uj-Best sind in der Fabrik der „Ungarischen Baumwollindustrie A.G.“ 700 Arbeiter wegen der scharfen Rationalisierungsmassnahmen, die in der Einführung des sogenannten „Bedou“-Systems bestehen, in den Streik getreten.

Anlässlich des Krönungsjubiläums in Norwegen fanden kommunistische Gegenkundgebungen statt, die die geplanten Feierlichkeiten erheblich störten. Ein abendlicher Fackelzug konnte nur mit Hilfe eines starken Polizeiaufgebotes durchgeführt werden.

In Spanien breitet sich die Streikbewegung gegen das faschistische System nunmehr in allen Provinzstädten aus. Die Regierung nimmt immer neue Truppenverchiebungen vor und organisiert blutigen Terror gegen die Kämpfenden.

Waldenburger Bergland

Unethörte Schikanen im Waldenburger Arbeitsamt

Je größer die Erwerbslosigkeit, um so größer die Notlage der Erwerbslosen, die insbesondere noch um ein weiteres verschärft wird durch die geradezu überhandnehmenden Schikanen von Seiten der Arbeitsämter. Inwiefern sich nun diese Maßnahmen der Drangsalierung auswirken, darüber sollen folgende Fälle den Beweis liefern. Sehr oft werden von der Vermittlungsstelle des weiblichen Personals junge Mädchen in Stellungen vermittelt, die zum großen Teil kilometerweit entfernt sind, was zum Teil mit Fahrgebern für die betreffenden Vermittelten verbunden ist. Nachdem nun diese armen Opfer der Rationalisierung einen stundenlangen Weg zurückgelegt haben, müssen dieselben feststellen, daß die ihnen zugewiesene Stellung bereits besetzt ist. Wäre es hier nicht ein Leichtes, ehe das Arbeitsamt Vermittlungen vornimmt, sich erst einmal zu erkundigen, ob die Stelle noch frei ist?

Aber was kümmert es das Arbeitsamt, ob ein erwerbsloses Mädchen unnötig herumgejagt wird. Man betrachtet es eben als selbstverständlich, daß sich ein Erwerbsloser alles gefallen lassen muß, selbst die größten Schikanen. In einem weiteren Falle wurde ein Erwerbsloser aufgefordert, eine neue Arbeitsbescheinigung zu beschaffen, da die alte angeblich verlorengegangen sei. Als nun der Arbeiter mit der neuen Arbeitsbescheinigung erschien, mußte er feststellen, daß die alte Bescheinigung bei seinen Akten lag. Man weiß nicht, was hier vor sich geht, da man annehmen muß, daß bei Durchsicht der Akten eine Bescheinigung nicht so einfach übersehen werden kann. Auch hier war es wohl darauf abgesehen, den Erwerbslosen unnötig in der Weltgeschichte herumzuführen.

An den Erwerbslosen wird es liegen, sich gegen die Schikanen,

die ihn am Leben verzweifeln lassen können, zu wehren. Deshalb sei den Arbeitsamts-Angestellten gesagt, den Bogen nicht zu überspannen, da die ohnehin vorhandene Bitterkeit sich sonst noch vermehren und schließlich dazu führen würde, daß hier einmal Remedour geschaffen wird und die provozierenden Elemente einmal zur Rechenschaft gezogen werden.

Reichstagsabgeordneter Grube-Berlin spricht

Freitag, den 28. November, 19 Uhr, in der Stadtbrauerei Waldenburg in einer öffentlichen Versammlung aller Arbeitersportler über das Thema:

„Wer spaltet den Arbeitersport?“

Die täglichen Opfer für den Profit

Waldenburg, 28. November. In der 12. Abteilung des Bahnschachtes war der Bauer Robert Schubert aus Neuhain mit dem Austragen eines Bergewagens beschäftigt. Plötzlich brach das Hangende herein und verletzte Sch. erheblich am ganzen Körper, so daß er ins Lazarett gebracht werden mußte. — Gleichfalls im Bahnschacht, und zwar in der 1. Abteilung, wurde der Bauer Fritz Neumann aus Neuhain von hereinfallenden Kohlen am Kopf und an der rechten Hand verletzt. Der Verringerung mußte ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen. — Das dritte Opfer im Bahnschacht wurde der in der 24. Abteilung beschäftigte Lehrling Alfons Marr aus Preißdorf. Von Förderwagen, die sich in Bewegung befanden, wurde er erfaßt, und mit einer erheblichen Schulterverletzung mußte er den Arzt aufsuchen.

Niederschlesien

Liegnitz

Am Donnerstag, 27. November: „Kampf dem Faschismus!“

Die Liegnitzer Arbeiterschaft wird aufgefordert, am Freitag, dem 28. November, 20 Uhr, im „Sommertheater“, sich an der großen öffentlichen Kundgebung des Antifaschistischen Kampfbundes zu beteiligen. Als Referent erscheint der Bezirksleiter des Antifaschistischen Kampfbundes, Genosse August Reimann, Breslau.

Hakenkreuz und Kirche

Nachfolgendes Ereignis zeichnet drastisch das Hand-in-Hand-Arbeiten der Kirche mit den Faschisten. Am Totensonntag, kurz vor Beginn des Gottesdienstes, marschierten gegen 50 Hakenkreuzbanditen mit entrollter Fahne in die Frauenkirche. Daß dies ein von dem Pastor Janessen abgeleitetes Spiel war, ist daraus zu ersehen, daß diese Banditen sofort Aufstellung vor dem Altar nahmen. Ein Teil der Kirchenbesucher verließ sofort die Kirche aus Entrüstung über solch ein Theater. Arbeiter! Hieraus müßt ihr den Schluß ziehen: „Heraus aus der Kirche!“ Wo diese Mörderfahne aufgestellt wird, darf kein ehrlicher und denkender Arbeiter sein. Weiter sagen wir den Arbeitern: Merkt euch diesen Pfaffen, der so offen seinen Faschismus kund gibt, um ihn bei der nächsten Gelegenheit darauf die entsprechende Antwort zu geben.

Vom Zuge zermalmt. Auf der Straße Liegnitz—Arnsdorf fand man am Dienstagmorgen eine in zwei Teile zerschnittene männliche Leiche auf. Der Leiche konnte noch nicht identifiziert werden. Man fand Papiere bei der Leiche, die auf den Namen des Kraftwagenführers Richard Wuttke lauteten.

Sonderbare Methoden in der Arbeitsvermittlungsabteilung.

Als sich dieser Tage ein Mädchen auf dem Arbeitsamt meldete, machte es die Erfahrung, daß die Vermittlerinnen auf Zimmer 2 sehr neugierig sind. Sie stellten allerlei Fragen über Dinge, die sie gar nichts angehen. Als das Mädchen erklärte, es sei krank gewesen, sollte es die Krankheit haargenau schildern. Dann wollte man wissen, wer die Zeugnisabschriften angefertigt hat. Das alles gehört doch nicht zu den Obliegenheiten der Vermittlerinnen. Wir verlangen, daß hier sofort eine Aenderung eintritt und daß Prüfein Hilbrich und ihrem Stabe klar gemacht wird, daß eine solche Behandlung unzulässig ist.

Goldberg

Ungersteuer in Goldberg eingeführt

Goldberg, 25. November. Zu Beginn der Stadtwahlversammlung am Montagmorgen gab die Stadtwahlkommission Dr. Meyer des am 16. November verstorbenen Bürgermeisters Wollenberg.

Zu einer ausgebreiteten Aussprache kam es bei dem Magistratsantrage auf Einführung der Ungersteuer. Nachdem die Sitzung auf kurze Zeit unterbrochen worden war, in der die Fraktionen nochmals Einzelbesprechungen hielten, wurde die Einführung der Ungersteuer mit knapper Mehrheit beschlossen.

Gleichzeitig wurde ab 1. November eine Senkung der Gaspreise beschlossen, und zwar bei Monatsabnahme bis 50 Kubikmeter auf 21 Pfennig, von 51 bis 100 Kubikmeter auf 20 Pfennig, von 101 bis 200 Kubikmeter auf 18 Pfennig, von 201 bis 400 Kubikmeter auf 17 Pfennig. Das Gas für Großküchen — mindestens 400 Kubikmeter monatlich —, Gaserwärmung — Jahresmindestverbrauch 2000 Kubikmeter — und Heizgas für Einzelfeuerstätten wird mit 12 Pfennig je Kubikmeter berechnet. Ferner wurde dem Antrage des Magistrats auf Wiedereinführung des Rabatts auf Lichtstrom für Großabnehmer zugestimmt: 5 v. H. bei 1001 bis 1500 Kilowattstunden, 10 v. H. bei 1501 bis 2500, 15 v. H. über 2500 Kilowattstunden.

Bunzlau

Burmann demaskiert sich

Man schreibt uns: Am vergangenen Freitag fand im großen Volkshaus-Saal eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Burmann sich seinen Getreuen wieder einmal präsentierte. Burmann ist so bekanntlich als kleiner Gernegroß, der von Zeit zu Zeit das Bedürfnis zu öffentlichen Schwungvollen Reden in sich fühlt, bekannt. Diesmal mußte ihm der Ritterschupperein diese Möglichkeit verschaffen, dessen Vorsitzender durch große Inszenate zu einer öffentlichen Versammlung rief. Da am nächsten Tage von einer Anzahl Vorstandsmitglieder des Vereins gegen die Versammlung Stellung genommen wurde, bekam sie einen sensationellen Beigeschmack. Der Vortrag von Burmann brachte nichts als ein in Bunzlau bereits oft gehörtes Eigenlob seiner Amtstätigkeit als Magistratsdirigent und eine Selbstverherrlichung seines eigenen Ich. Daß Burmann mit

einigen Parteiführern der SPD. Bunzlau scharfe Abrechnung hielt, war nur ein Scheingefecht, da er sich dazu nur die Kleinen ausuchte, die Verantwortung aber mit Vorbedacht schonte. Mit diesen will er es nicht verderben, da sie ihm als Stützpunkt für seine Streiberi noch dienen müssen. Die Ausführungen unseres Genossen Stusche in der Diskussion waren ihm sehr unangenehm, und weil er sie nicht sachlich widerlegen konnte, suchte er sich mit einigen deplacierten Redensarten und einer Deje gegen die „Arbeiter-Zeitung“ aus der Nlemme zu ziehen, die seinen wahren Charakter deutlich erkennen ließen. Jedenfalls steht fest, daß diese Versammlung trotz der am Anfang künstlich erzeugten „Begeisterung“ für Burmann erkennen ließ, daß er seine Rolle bald ausgespielt haben dürfte. Auch diejenigen, die sich jetzt noch durch das eingeleitete Entlastungsmanöver einfangen lassen, werden sehr bald erkennen, daß Burmanns gemimte Arbeiterfreundlichkeit nur das Mittel ist, dadurch für sich Geschäfte zu machen.

Der von den Faschisten erschossene Bergarbeiter



Viktor Broja aus Hindenburg-Zaborze 22 Jahre alt Mitglied der Antifa.

Glogau

Wie Junker mit Arbeitern umbringen

Ein Stahlhelm-Doktor.

Pollwitz bei Glogau. Was sich heute noch auf dem Lande mancher gegen die Arbeiter herausnimmt, dafür liefert der nachstehende Vorfall wieder einen sehr treffenden Beweis. Bei dem Landwirt Reuter in Pollwitz steht ein 58 Jahre alter Futtermann Range in Dienst. Dieser Tage wurden nun dem Range während seiner Abwesenheit zwei Kinder zur weiteren Pflege in den Stall gestellt. Als nun Range mit Futter vom Felde zurückkam und sich dann machte, das Vieh zu besorgen, erschien der „gnädige“ Herr im Stall und knauzte den Range folgendermaßen an: „Sehen Sie denn nicht, daß die Döfchen zu kurz angebunden sind?“ Als dies von Range verneint wurde, sprang Reuter wie wild auf ihn zu, sagte ihm an der Gurgel und bearbeitete ihn mit seinen Fäusten. Wutüberströmte wurde der Mann dann von Reuter zwischen die Tiere gestossen! Wegen der erlittenen Verletzungen begab sich Range zum Dr. Müller. Über dieser, ein Mann vom Jungdo, brachte es fertig, trotz der offensichtlichen Arbeitsunfähigkeit, den so mißhandelten Proleten arbeitsfähig zu schreiben. Der Stiefsohn des Range, ein Stahlhelmer, dessen Frau eine Linsenbinderin ist, begab sich nun zu dem Prinzipal seines Vaters. Dieser ließ sich aber nicht sprechen, und nur die „gnädige“ Frau ließ sich zu der Bemerkung herbei: „So etwas tut mein Mann doch nicht.“ Der Arbeiter ließ sich damit leider abgeben und zog ab.

So also wagen Leute mit Arbeitern herumzuspringen. Dabei muß man bedenken, daß Range schon an die acht Jahre seine Knochen dem Reuter zum Ausbeuten zur Verfügung stellt. Wer da er irgendwo ein alter Mann geworden ist, glaubt dieser „gnädige“ Herr ohne Gefahr sich herausnehmen zu können, in dieser schamlosen Weise seinen „Danke“ für die achtjährige Ausnutzung abzugeben zu können.

Dieser Fall sollte aber auch die Arbeiter zum Nachdenken veranlassen, die immer noch den wahren Charakter der Stahlhelmfreunde unter den Junkern nicht erkannt haben, und deshalb selber dem Stahlhelm angehören. Sie sollten aus solchen Vorfällen lernen, daß sie in dieser arbeitserkennenden Organisation nichts ver-

Wir stoßen vor!

- Donnerstag, den 27. November:
- Schmieberg, öffentliche KPD-Versammlung im „Stollen“.
 - Jobben, öffentliche Versammlung. Ref. Werner.
 - Halsau, öffentliche Versammlung. Ref. Schirbwan.
- Freitag, den 28. November:
- Breslau, Jfa-Veranstaltung 20 Uhr im „Schiefwerder“. Referent Dr. Jodann.
 - Altwasser, öffentliche Versammlung 19 Uhr im „Weißen Hof“.
 - Hirschberg-Gunnersdorf, Bauarbeiter-Versammlung der KPD.
 - Wegau, öffentliche Versammlung. Ref. Reimann.
 - Marklissa, öffentliche Versammlung. Ref. Becker, M. b. R.
 - Friedland, öffentliche Versammlung. Ref. Preiß.
 - Münsterberg, öffentliche Versammlung. Ref. Bollweber, M. b. R.
 - Sagan, öffentliche Versammlung. Ref. Schirbwan.
 - Langenbielau, öffentliche Versammlung bei Dinter um 19.30 Uhr. Ref. Scholaut.
- Sonnabend, den 29. November:
- Rußbau, öffentliche Versammlung um 20 Uhr.
- Sonntag, den 30. November:
- Griffau, öffentliche Versammlung 15 Uhr.
 - Schönberg, öffentliche Versammlung 20 Uhr.

Arbeitersportler! Besucht die Konferenzen der Roten Sportler!

- Freitag, den 26. 11. in Waldenburg (für das gesamte Waldenburger Gebiet).
- Sonnabend, den 29. 11. in Langenbielau (für Langenbielau, Peterswaldau, Reichenbach, Frankenstein, Faulbrück).
- Sonntag, den 30. 11. in Königszell (für Schweidnitz, Striegau, Freiburg, Königszell, Saarau, Bolkenhain, Borganie).
- Sonntag, den 30. 11. in Breslau (für Groß-Breslau).
- Montag, den 1. Dezember in Liegnitz, 20 Uhr, im Büro, Parkstraße 8 (für Liegnitz, Bunzlau, Jauer, Goldberg, Kotzenau).
- Dienstag, den 2. Dezember, in Neusalz (für Grünberg, Glogau, Neusalz, Fraustadt, Guhrau).
- Mittwoch, den 3. 12. in Brieg (für Brieg, Peisterwitz, Ohlau, Strehlen).

Wir ersuchen die Ortsgruppen, soweit sie dies noch nicht getan haben, umgehend uns Lokal und Zeit der Konferenzen mitzuteilen.

In allen Konferenzen ist ein Vertreter der Reichsleitung der oppositionellen Arbeitersportler anwesend.

Loren haben, sondern sich einzureihen haben in die Front jener Arbeiter, die in der KPD. für die Befreiung der Arbeiter aus den Klauen aller Ausbeuter kämpfen.

Greiffenberg Der Herr Bürgermeister und die Hungernden

Die Art und Weise, wie unser städtisches Oberhaupt mit den Armen umspringt, macht es notwendig, dazu auch einmal in der Öffentlichkeit Stellung zu nehmen. Nachdem erst vor einigen Monaten ein ungeheurerlicher Fall von Verhungern einer ausgetrockneten Familie passiert war, ereignete sich vorige Woche wieder ein ähnlicher Fall. Ein verheirateter Arbeiter mit einem Kind muß schon seit langem in einem einzigen kleinen Raum haufen, der außerdem sehr schlecht instand ist. Er beantragte beim Bürgermeister schon im Sommer die Befreiung des Raumes, um dadurch eine Renovation zu erreichen. Diese Befreiung fand statt, aber geändert wurde daran nichts. Der Mann war im ganzen in diesem Jahre ungefähr zehn Wochen beschäftigt. Zurzeit ist er auch wieder arbeitslos. Da sich nun in diesem Raum kein Ofen befindet und seine Habeligkeiten in diesem Räume vermehren, weigert er sich, weiter Miete zu zahlen. Der Bürgermeister beschloß nun mal selbst den Raum, aber anstatt nun dafür zu sorgen, daß dem Mann endlich geholfen wird, soll er ihm mit Unterbringung in einem Arbeitshaushaus gedroht haben. So weit also haben wir es in dieser famosen Republik gebracht. Wer der Herr Bürgermeister mag sich gesagt sein lassen: So einfach liegen die Dinge denn doch nicht. Wenn er das Verlangen hat, jemandem das Arbeiten bezuwingen, dann soll er bei sich anfangen, und wenn er damit fertig ist, dann sind noch sehr viele andere vollgestreifere Fautler in Greiffenberg vorhanden, denen das Arbeiten sehr gut bekommt.

Greiffenberg, Freitender um 20 Uhr im „Schwarzen Adler“ Versammlung.

Guhrau

Schulungsabende

Die von der Partei eingerichteten Schulungskurse finden bis auf weiteres Dienstag, 18 Uhr, und Sonntag, 14 Uhr, bei Fischer statt. Sympathisierende sind mitzubringen. Bei dieser Gelegenheit machen wir unsere Genossen darauf aufmerksam, mehr wie bisher darauf zu achten, daß sie nur solche Geschäftsleute unterstützen, die auch unsere Presse unterstützen. Auskunft hierüber holen sich unsere Genossen bei der Ortsleitung und bei den Kolporturen.

Marklissa

Wieder ein SPDist mit langen Fingern!

Marklissa, 25. November. Der sozialdemokratische Stadtwahlvorstandsvorsitzer und Reichstagsabgeordnete Büchner, gleichzeitig Lagerverwalter des Konsumvereins, hat im Anschluß an eine Revision seine sämtlichen Ämter zur Verfügung gestellt.

Wie recht wir gefehert mit unserer Behauptung hatten, daß fast alle Tage einer aus der Futtertrüppenzunft der SPD. Kolport, zeigt obige Meldung, die zwar noch nicht ganz klar ist, aber doch zweifellos auf flebrige Finger gegenüber Arbeitergroßen schließen läßt.

Rote Hände und brennend rotes Gesicht wirken unheimlich. Ein wirftames Mittel dagegen ist die kühlende, reizmildernde und schneeweiße Creme Reodor, auch als herrlich bühnende Puderverpackung vorzüglich geeignet. Ueberraschender Erfolg, Tube 1 Mk., wirklich unterjährig durch Reodor-Edelfeise, Stück 50 Pf. In allen Chlorodont-Verkaufsstellen zu haben.

Aus unseren Weinkellereien!

Preise ohne Flasche



Sie sparen Geld, wenn Sie bei uns kaufen. Unsere Speisen und Getränke vereinigen Billigkeit und hohe Qualität!

Mosel- und Rheinweine	Bordeaux- und Rotweine	Süd- und Wermutweine	Schaum- und Fruchtweine
1928er Edenkobener hervorrag., mild. Tischwein, 1/2 Fl. 80,-	Deutscher Rotwein hervorragend, hochfein für Obst- wein 1/2 Flasche 80,-	Deutscher Wermutwein hervorrag., unüberr. Qual. 1/2 Fl. 90,-	Apfelgold rassist und herb. Marke Rübenzahl 1/2 Fl. 60,-
1928er St. Martin. Schloßb. fein, rassist, süßl. . . 1/2 Flasche 90,-	Spanischer Rotwein fein und vollmundig . . 1/2 Flasche 1 00,-	Italien. Wermut, Emille waggestäubend . . . 1/2 Flasche 90,-	Apfelgold rot, hochf., bekömm- lich, Marke Rübenzahl, 1/2 Fl. 60,-
1928er Liebfraumilch eleganter, zart und mollig 1/2 Flasche 1 00,-	Saint Emillion Bordeaux extra feine Art . . . 1/2 Flasche 1 50,-	Cinzano der echte Tortino . . 1/2 Flasche 2 10,-	Johannisbeerwein vollarom. fein, pik. Marke Rübenzahl 1/2 Fl. 75,-
1928er Oppenheimer Krietenbrunn blumig, anregend . . . 1/2 Flasche 2 10,-	St. Julian Bordeaux hervorragend edler Tropfen 1/2 Flasche 2 00,-	Tarragona extra feine Qualität 1/2 Flasche 1 20,-	Stachelbeerwein volls. würtz. mild. Marke Rübenzahl, 1/2 Fl. 75,-
1927er Rüdesholmer Kiesel pikant, würzig . . . 1/2 Flasche 3 00,-	1928er Chateau Dauzac Labarde pikant, für Genießer . 1/2 Flasche 2 50,-	Feiner alter Malaga golden, sehr feurig . . 1/2 Flasche 1 20,-	St. Barbara Riesling unsere Hausmarke . . 1/2 Flasche 4 50,-
1928er Mesebacher Berg sehr rassist, pikant . . 1/2 Flasche 1 00,-	Graves superieures (weißer Bord.) mit feiner Edelsüße . 1/2 Fl. 1 10,-	Original Sherry herber Frühstückswein 1/2 Flasche 2 10,-	Kupferberg Kupfer 1/2 Flasche 4.75, 1/2 Flasche 2 75,-
1928er Berncastel. Riesling vollmundig, spritziger Wein 1/2 Fl. 1 50,-	Graves halbes (weißer Bordeaux) extra fein 1/2 Flasche 1 10,-	Alter Douro Portwein rassist, trockenst. . . 1/2 Flasche 2 10,-	Kupferberg Gold 1/2 Flasche 3.00, 1/2 Flasche 3 95,-
1921er Sommerauer Schloßberg fein, edles Gewächs 1/2 Flasche 3 00,-		Alt. Original Insel-Madeira feiner, edler Tropfen 1/2 Flasche 2 10,-	Henkel Trocken 1/2 Flasche 3.00, 1/2 Flasche 3 95,-
			Goldlack Obstschumwein . . . 1/2 Flasche 2 50,-

Vereinigte Theater
Lobe-Theater
Von Montag den 24. 11.,
bis Montag, den 1. 12.
20.15 Uhr
Cula
Schauspiel von Wedekind
Sonntag, den 30. 11.
16.30 Uhr
Fanales Himmelfahrt

Thalia-Theater
Von Montag, den 24. 11.,
bis Montag, den 1. 12.
20.15 Uhr
Das Kente X
Ein Stück in 3 Akten von
Bernauer und Oesterricher

LIEBICH
Täglich
2 Vorstellungen
4.15 u. 8.15 Uhr
Nur noch
4
Tagel
Ein Varieté-Programm,
das jeder gesehen
haben muß!

WAPPENHOF
heute Donnerstag, ab 4 Uhr
sowie täglich (außer Sonntag)
Gr. Nachm.-Varieté-Vorstellung
mit dem ausgezeichneten 2. November-
Programm / Eintritt 30 Pf. / Ab 8 Uhr:
Gr. Abend-Vorstellung mit Ball
2 Kapellen Eintr. einschl. Ball 50 Pf.

Echt biane Reutlinger
**Monteur-
Anzüge**
Jacke oder Hose
5.50 4.50
3.75 2.75
Adolf Malinowitzer
Breslau 8 Klosterstr. 23

Inserate
haben in
unserer Zeitung
**guten
Erfolg**

Wir liefern
Plakate
Briefbogen
Rechnungen
Programme
Einladungskarten
Flugblätter
Werke
Zeitungen
Zeitschriften
Rotationsdruck
Messungsmaschinen
prompt und
preiswert

PEUVAG
Papier-Erzeugungs-
und Verwertungs-
aktien-Gesellschaft
Berlin
Fil. Breslau
Treibitzer Str. 50

Federjacken
21.39 bis 69,- Mk gegenüb.
der Markt-
halle!
Gartenstr. 26
Lombard u. Warenhaus
L. HAMBURGER

Herzberg & Co.
Höfchenstraße 48 Blicherplatz 17
Leuthenstraße 10 Klosterstraße 84
Solenkestraße 17 Michaelistr. 3
Frankfurter Str. 103, geg. d. Schlachthof
bieten an:
Vom Faß gegen Kasse
Breslauer . . . 32% = 2.55
Weinbrand-Verschnitt . 38% = 3.45
Weinbrand echt . . . 38% = 4.40
Garantiert aus reinem franz. Wein
Jam.-Rum-Verschnitt . . . 3.60

Weine vom Faß
Rot- und Rheinwein . per Liter 0.90
Muskateller 1.00
Wermutwein 1.00
Tarragona 1.20
Malaga 1.30
Ungar. Süßwein 1.50
88% Prima Spirit . per Liter 7.00
Total-Liköre einschl. Flasche
Meisterwerke der Destillierkunst
Curaçao, Foidwasser, Bistrotene,
Crème de Cacao, Stenforter, Alfaschi
Piettenbranz, wozz. Pr. velle, Sherry
Brandu, Kurirtst. Magen, Halb und
halb etc.
30% Mk. 3.10 85% Mk. 3.60

Tassilo Krlonke
Zigarren-Spezialhaus
Ritterplatz 10 Sternstr. 3/9
Trebnitzer Robfleischererei
Markthalle I u. II
Breslau, Gartenstraße, Stand 218/19
empfiehlt alle Sorten
frische Fleisch- und Wurstwaren
Paul Meurth

Reinhold Weise Schiedworder-
straße 30
Getreide-Dampfbrennerei
Likörfabrik Gaststätte

Max Berndt
ff. Fleisch u. Wurstwarenfabrik
Bergmannstraße 14

Bäckerei u. Konditorei
Max Deichsel
Breslau, Friedrichstraße 6

Einzigste u. billigste Einkaufsquelle
für alle Artikel
Kaufhaus Steinitz Nachf.
Gleiwitz OS., Sosnitz

**Molkerei und
Milch-Großhandlung**
Christoph Nummer
Breslau, Lehmgrubenstr. 5
Verkauf durch Läden u. Klingel-
wagen / Achtet auf die Firma!

Deutsch. Metallarbeiterverband
Zahlstelle Freiburg i. Schl.
Freitag, 28. Novbr., 19.30 Uhr,
findet im Gesellschaftshaus eine
Mitglieder-Versammlung
mit sehr wichtig. Tagesordnung
statt. - Kündigung des Manteltarif-
vertrages. - Schiedsspruch in
Niederschlesien. - Es ist Pflicht
aller Kolleginnen und Kollegen
zu erscheinen. Die Ortsverwaltung

Robfleischererei
prima Fleisch- u. Wurstwaren
E. Altmann, Oppeln, Zweigstr. 9

Gaststätten Gebrüder Wolff in allen Stadtteilen

Brauerei und Ausschank
Zum großen Meerschiff
Inhaber Erich Vogel, Rauscherstr. 23 (1. Min. u. Abzugplatz)
Ausschank nur selbstgebrauter Biere
Rheinland gute Küche - Mittagsstich von 12-3 Uhr

Wir suchen noch
rührige Genossen in allen
Orten Schlesiens, die
bereit sind, die „Arbeiter-
Zeitung“ zu verkaufen
★
Um die Anstellung zu be-
schleunigen, wird gebeten,
evtl. eine Empfehlung der
Parteileitung gleich mit
einzusenden

Leser! Abonnenten!

**Dienstag
25
November**

war der letzte Tag, an dem unsere
Boten abrechnen müssen. Erschwert den
Boten nicht unnütz die Arbeit. Bezahlt
die Zeitung im voraus und pünktlich.
Bezahlt aber auch nur gegen die vom
Verlag herausgegebenen Quittungen. Be-
denkt, daß unsere Boten die Arbeit in den
meisten Fällen ohne Entschädigung durch-
führen. Durch pünktliche Bezahlung
unterstützt ihr das Unternehmen
und die revolutionäre Bewegung!

Kolporteur! Zeitungsboten!

**Dienstag
25
November**

war der letzte Tag, an dem unsere
Kolporteur und Zeitungsboten mit dem
Verlag den laufenden Monat abrechnen
müssen. Nur wenige sind dem nach-
gekommen. Alle bei euch liegenden
kassierten Gelder müssen noch heute
eingezahlt werden. Vergeßt nicht, alle Ver-
änderungen zu melden. Jede zuviel ge-
druckte Zeitung, die, weil veraltet, liegen
bleibt, schädigt euer Unternehmen und
hindert uns am Ausbau der Zeitung!